

JANUAR 2025

Schweizer Revue

Die Zeitschrift für
Auslandschweizer:innen



**Weisse Landschaften sind herzerwärmend,
doch der Winter, wie er war, schmilzt dahin**

**Im ländlichen Huttwil trotz eine kleine Zeitung
dem Niedergang des Lokaljournalismus**

**Kühle Brise: Das politische Klima gegenüber
der Fünften Schweiz wird frostiger**

Für eine nachhaltige Zukunft der Fünften Schweiz



Mit einem Legat ermöglichen Sie, dass die Auslandschweizer-Organisation die Rechte der Auslandschweizer:innen weiterhin unterstützt und vertritt.
www.swisscommunity.link/legate



Konsularische Dienstleistungen

überall, komfortabel auf Ihren mobilen Geräten



Guichet en ligne DFAE
Online-Schalter EDA
Sportello online DFAE
Online desk FDFA

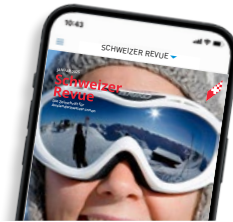
www.eda.admin.ch

Bukarest (2022)



Lesen wie gedruckt.

Geniessen Sie die «Schweizer Revue» übersichtlich und gut lesbar auf Ihrem **Tablet oder Smartphone**. Die App dazu ist gratis und werbefrei. Sie finden die App mit dem Suchbegriff «Swiss Review» in Ihrem Appstore.



Save the Dates!

Swiss Community Days

22. August 2025 - Kursaal Bern

23. August 2025 - Nationalratssaal



Treffen Sie uns an diesen symbolträchtigen Orten im Herzen der Schweizer Hauptstadt für einen inspirierenden Austausch zu relevanten Themen.



Auslandschweizer-Organisation (ASO)

Unsere Partner:

travel swi^zerland



SWI swissinfo.ch



4 Schwerpunkt

Der Traum vom weissen Schweizer Winter schmilzt mehr und mehr dahin

9 Nachrichten

Das Parlament führt eine erbitterte und folgenreiche Spardebatte

10 Porträt

Die Weberei in der Schweiz: eine lebendige Kulturtechnik

12 Politik

Das Volk stoppt an der Urne den geplanten Ausbau der Autobahnen

16 Gesellschaft

Der Lokaljournalismus steckt in der Krise, ein Huttwiler Blatt trotz ihr

Nachrichten aus Ihrer Region**19 Schweizer Zahlen**

Über Geld, Gold – und Gärten

20 Reportage

Stadt der Einsamen? Nirgendwo leben mehr Menschen alleine als in Basel



Foto Keystone

23 Literatur

Johann Jakob Bachofen lieferte 1861 der Frauenemanzipation viele Argumente

28 Fünfte Schweiz

Das politische Klima gegenüber der Fünften Schweiz ist rauer geworden

30 Aus dem Bundeshaus

Das Wirken der Finanzaufsicht kommt auch der Fünften Schweiz zugute

33 SwissCommunity-News

Wahlen in den Auslandschweizerrat

Titelbild: Geniesserischer Moment in den Schweizer Alpen (Weisshorn, 2653 Meter über Meer). Foto Keystone

Schnee von heute



Es war wie in einem skurrilen Wintermärchen: In der Nacht vom 21. auf den 22. November 2024 versank die Schweiz innert Kürze in Bergen von Neuschnee. Vielerorts stand praktisch alles still. In Luzern fielen 42 Zentimeter Schnee. Damit war der Rekord aus dem Jahr 1919 in aller Deutlichkeit überboten. In Bern wiederum brach der Verkehr so komplett zusammen, dass sich besonders Gewitzte entschieden, per Snowboard ab dem Hauptbahnhof ins etwas tiefer gelegene Berner Monbijou-Quartier zu cruisen. Die Verhältnisse waren aus Snowboarderperspektive ideal: Neuschnee, Piste gut.

Der frühe Schnee – und die enormen Mengen – weckten Erinnerungen an ein fernes «Früher», an Winter, wie sie einmal waren. Doch die schnee-reiche Zeitreise in die Vergangenheit war kurz, die weisse Pracht schmolz rasch dahin. Der Winterbeginn zeigte sich schliesslich wieder so, wie man ihn im Unterland inzwischen kennt: in zahllosen Schattierungen von Regengrau und Nassgrün.

Der enorme Kontrast verstärkt die Erkenntnis: Der Winter ist im Wandel. Das pittoreske Postkartenbild der winterlichen Schweiz ist zunehmend eine Illustration aus der Vergangenheit – oder eine mit künstlichem Schnee aufgeschönte Kulisse. Besonders fassbar macht der Blick in die Skigebiete den Wandel. Zahlreiche der eher tiefer gelegenen Skilifte mussten in den vergangenen Jahren ihren Betrieb definitiv einstellen. Die Winter sind im Schnitt schlicht zu warm geworden. Skifahren als Volkssport, an dem alle praktisch vor ihrer Haustüre schnuppern können, ist ziemlich passé. Das zeigt unser Schwerpunkt (Seite 4).

Trotz wärmeren Wintern müssen sich derzeit einige wärmer anziehen. Das Schweizer Parlament hat im Dezember einschneidende Sparentscheidung gefällt (Seite 9). Deren Folgen sind weitreichend, gerade auch für die Verletzlichsten: Die Schweiz senkt ihre Aufwendungen für die Entwicklungshilfe massiv. Eine kühle Brise weht auch den Auslandschweizerinnen und -schweizern entgegen, zumindest jenen mit konkreten Erwartungen an die Schweiz. Das Parlament setzt nämlich auch bei Leistungen zugunsten der Fünften Schweiz den Rotstift an. Unsere Umfrage im Bundeshaus zeigt: Seitens der Politik erfährt die Fünfte Schweiz derzeit so was wie einen Liebesentzug. Unseren «Wetterbericht» dazu finden Sie auf Seite 28. Und: Hier ist durchaus Ihre Meinung gefragt.

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

Herausgeberin der «Schweizer Revue»,
des Informationsmagazins für die Fünfte Schweiz,
ist die Auslandschweizer-Organisation.





Die weissen Winter schmelzen dahin

Das Postkartenbild der weissen Winterlandschaft trifft für die Schweiz immer seltener zu. Wer Schnee erleben oder Skifahren will, muss häufiger in hoch gelegene Alpendestinationen ausweichen. Skifahren, der helvetische Volkssport, ist zwar nicht vom Aussterben bedroht, wird aber zunehmend zum Luxusvergnügen.

THEODORA PETER

Noch gibt es sie, die Skilifte an einem nahen Hügel – aber nicht mehr lange. Zum Beispiel in Langenbruck, der mit 700 Metern über Meer höchstgelegenen Gemeinde des Kantons Basel-Landschaft (BL): 73 Jahre nach seiner Eröffnung steht der Dorf-Skilift vor dem Aus. Schon länger fällt auf dieser Höhe kaum mehr Schnee: In den vergangenen beiden Wintern blieb der Lift, der bis auf rund 900 Meter über Meer fährt, geschlossen.

Unzählige Kinder und Jugendliche waren hier erstmals auf den Brettern gestanden – unter ihnen der heute 74-jährige Architekt und Liftbetreiber Peter Hammer. Sein Vater gehörte zu den Initianten der 1952 eröffneten Anlage – notabene dem ersten Skilift in der



Nordwestschweiz. Bereits als Bub half Peter Hammer in seiner Freizeit beim Liftbetrieb mit – und blieb seinem Engagement bis heute treu: «Die Freude der Leute zu sehen, das ist meine Motivation.»

Bis in die 1980er-Jahre boomte das Skifahren in Langenbruck, das nur knapp 30 Kilometer Luftlinie von der Stadt Basel entfernt liegt. Schnee war damals noch keine Mangelware – nicht

Skifahren bis ins Tal ist oft nur noch auf Kunstschnee möglich. Das Bild zeigt die Abfahrt nach Flims (1000 m.ü.M.) in Graubünden an Weihnachten 2022.

Foto Keystone

Peter Hammer steht mit seinem Skilift in Langenbruck vor dem Aus. Als der Lift 1952 eröffnet wurde (Bild rechts), herrschte kein Schneemangel. Foto Volksstimme Sissach, Keystone



zuletzt dank einer 1978 installierten Beschneiungsanlage. Beliebt war auch das Nachtskifahren mit Beleuchtung: So konnten Wintersportfans aus der ganzen Region auch nach Feierabend ihrem Hobby fröhnen. Doch Anfang der 1990er-Jahre häuften sich die milden Winter ohne Schnee. «Damals sprach man noch nicht gross vom Klimawandel, aber wir spürten, dass sich etwas verändert», erzählt Peter Hammer im Gespräch mit der «Schweizer Revue».

230 Lifte zogen den Stecker

Die Zahl der Tage, an denen die Pisten offen waren, schmolz seither dahin – auf «zwanzig bis null». Der Betreiber hofft nun noch auf eine gute letzte Saison. Findet sich kein Käufer, ist im Frühling 2025 definitiv Schluss. Hammer schmerzt am drohenden Ende am meisten, «dass die Anlage noch in einem guten Zustand ist» – bewilligt wäre der Betrieb noch bis 2031. Mit Wehmut denkt er an die letzten Jahrzehnte zurück und daran, «dass hier ganze Familien und mehrere Generationen mit dem Skisport gross geworden sind».

Langenbruck ist bei weitem nicht das einzige Wintersportgebiet, das kapitulieren muss. In der Vergangenheit erreichte dieses Schicksal schon

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts sind die Winter in der Schweiz um 2,4 Grad wärmer geworden. Bis 2050 dürfte die Temperatur nochmals um 1 Grad zunehmen. Der Schneemangel wird dann bis auf eine Höhe von 1500 Metern zu spüren sein.

zahlreiche andere Betreiber. Von den ursprünglich 545 Skigebieten und Tal-liften in der Schweiz sind rund 230 wieder von der Landkarte verschwunden – rund 40 Prozent. Gemäss einer Untersuchung der Technischen Universität Dortmund führten nebst Schneemangel auch das abnehmende Interesse am Wintersport oder mangelnde Rentabilität zum Liftsterben. Nicht alle aufgegebenen Skigebiete wurden zurückgebaut: An mehreren Orten zeugen bis heute verrostete Liftmasten, kaputte Gondeln oder zerfallene Bergrestaurants von solchen «Lost Ski Places».



Der Mythos der Skination Schweiz

«Alles fährt Ski ... alles fährt Ski ... Ski fährt die ganze Nation»: Der eingängige Schlager von Vico Torriani aus dem Jahr 1963 gehört zur Begleitmusik des Skibooms, der in den 1960er- und 1970er-Jahren seinen Höhepunkt erreichte. Dass sich Skifahren in der Schweiz als Breitensport etablieren konnte, hing entscheidend mit dem Angebot von Skiliften zusammen – nicht zuletzt in tiefen Lagen. Damals war der nächste Bügellift nicht weit weg, und fast jedes Schulkind fuhr regelmässig ins Skilager. Den Mythos der Skination Schweiz befeuerten auch die «Goldenen Tage von Sapporo». Bei den Olympischen Winterspielen 1972 in Japan gewann die Schweizer Delegation zehn Medaillen – unvergessen bleiben der Doppelsieg von Bernhard Russi und Roland Collombin in der Abfahrt sowie die beiden Goldmedaillen von Marie-Theres Nadig.

«Wehrkräftiges Volk» durch Wintersport

In der Schweiz waren es zunächst die Bergsteiger, welche die Skier für ihre Touren entdeckten, wie der Sporthistoriker Simon Engel in einem Blog des Nationalmuseums schreibt. 1893 wurde in Glarus der erste Skiclub gegründet, 1904 entstand der Schweizerische Skiverband. Anfänglich war das Skifahren vor allem ein Freizeitvergnügen für reiche Touristinnen und Touristen. Sportbegeisterte Briten aus der Oberschicht stürzten sich nach dem Prinzip «Downhill only» die Hänge hinunter.

Dass Skifahren zum Schweizer Volkssport und damit «nationalisiert» wurde, hat gemäss dem Sporthistoriker mit den beiden Weltkriegen zu tun, die den internationalen Tourismus zum Erliegen brachten. Um mehr Schweizerinnen und Schweizer auf die Pisten zu bringen, flossen öffentliche Gelder – sowohl in die



Erinnerung an die «goldenen Tage von Sapporo»: Der Schweizer Abfahrts-Olympiasieger Bernhard Russi (Nr. 4) und der Schweizer Olympiazweite Roland Collombin (Nr. 11) auf den Schultern von Fans an den Olympischen Winterspielen 1972. Foto Keystone

Rettung von Hotels und Bergbahnen wie auch in Rabatte für Tickets und Skischulkurse. Ab den 1940er-Jahren führten erste Kantone die jährlichen Sportferien ein, die zum Skifahren genutzt werden sollten.

Auch die Armee unterstützte das nationale Projekt. Während dem Zweiten Weltkrieg beschrieb General Guisan unter dem Werbeslogan «Gesunde Jugend. Wehrkräftiges Volk durch Wintersport» die Berge und das Skifahren als ideales Feld, um die physische und moralische Stärke für die Landesverteidigung zu trainieren. Die konzertierte Propagandaaktion erfüllte ihren Zweck: Die Gäste aus dem Unterland füllten Betten und Pisten in den Wintersportorten. (TP)

Zum Blog des Nationalmuseums:
www.revue.link/skifahren

Ihre früheren Betreiber gingen Konkurs und hinterliessen nebst Schulden auch Ruinen inmitten von Naturlandschaften.

Immer wärmere Winter

Auch für die höher gelegenen Wintersportgebiete werden die steigenden Temperaturen in den nächsten Jahr-

zehnten zur grossen Herausforderung. Klimaforschende der ETH Zürich haben im Auftrag der Bergbahn-Branche und von Schweiz Tourismus Prognosen für die Winter bis ins Jahre 2050 erstellt. Demnach wird sich der Schneemangel in den nächsten Jahrzehnten für alle Skigebiete unter 1500 Metern verschärfen. Seit Messbeginn 1864 sind die Winter in der Schweiz

um 2,4 Grad wärmer geworden, konstatiert ETH-Klimaforscher Reto Knutti: «Bis 2050 erwarten wir gegenüber heute eine weitere Erwärmung von einem Grad Celsius.» Je nach Entwicklung der CO₂-Emissionen kann dieser Wert um ein oder mehrere Zehntelgrade schwanken – mit entsprechend kleineren oder grösseren Auswirkungen.

Nimmt die Temperatur im Winter wie prognostiziert um ein Grad Celsius zu, steigt auch die Nullgradgrenze an – und zwar um 300 Meter. Die Nullgradgrenze ist eine wichtige Kennzahl für den Wintertourismus: Sie zeigt an, ab welcher Höhe Niederschlag als Schnee vom Himmel fällt. Bereits seit den 1960er-Jahren hat sich diese Grenze um 300 bis 400 Meter nach oben verschoben – mit fatalen Folgen für die Skilifte im Tal.

Eng wird der Spielraum gemäss dem Klimaforscher in Zukunft für diejenigen Skigebiete, deren Lifte nicht über eine Höhe von 1800 Metern hinausführen. Für sie ist auch die Herstellung von Kunstschnee schwierig: Die Schneekanonen laufen nur bei Temperaturen unter null Grad. Gemäss den Klimaprognosen nimmt aber die Zahl dieser Eisstage ab – je nach Höhenlage um 10 bis 30 Prozent. «Insbesondere zum Winteranfang, also von Mitte November bis Mitte Dezember, wird es zu warm sein zum Beschneien», gibt Knutti zu bedenken.

Noch mehr Kunstschnee

Zwar liegen zahlreiche Wintertourismusdestinationen in den Alpen oberhalb der kritischen Grenze von 1500 Metern. Doch auch sie müssen ihre Strategien aufgrund des Klimawandels anpassen. Gemäss einer Umfrage der Universität St. Gallen bei 100 Bergbahnen rechnen über 75 Prozent für die nächsten 20 Jahre mit weniger Schneesicherheit und einer kürzeren Wintersportsaison. Dennoch gehen die meisten Betreiber davon aus, dass Skifahren und Snowboarden auch künftig beliebt bleiben. Sie investieren deshalb noch stärker in



Der Einsatz von Schneekanonen ist nur bei eisigen Temperaturen unter null Grad Celsius möglich. Foto Keystone

Die Zukunft des Skigebiets von Crans-Montana ist dank ausländischen Investoren gesichert: 2024 wurde die Walliser Destination vom US-Konzern Vail Resorts aufgekauft. Foto Keystone

den Ausbau von leistungsstarken Beschneiungsanlagen, die in kurzer Zeit hohe Mengen an Kunstschnee produzieren. Wo möglich, sollen Skipisten nach «oben» verschoben werden – mit weiteren Bahnen, die Schneesportler noch höher hinauf in die Berge bringen.

Diese Pläne haben ihren Preis: Nötig sind millionenschwere Investitionen. Zum Teil springen ausländische Geldgeber in die Lücke. So hat der US-Konzern Vail Resorts bereits vor zwei Jahren das Skigebiet Andermatt-Sedrun im Grenzgebiet zwischen den Kantonen Uri und Graubünden aufgekauft. Seit 2024 gehört auch die Walliser Destination Crans-Montana zum Portfolio des amerikanischen Wintersport-Giganten, dem weltweit über 40 Skigebiete gehören. Vail Resorts will in beiden Schweizer Destinationen insgesamt rund 50 Millionen Franken in den Ausbau der Infrastruktur – Beschneiungsanlagen, Bergbahnen und Restaurants – investieren. Dies soll weitere Investoren anlocken, die ihrerseits Hotels und Ferienresorts bauen, um zahlungskräftige Gäste in die Wintersportorte zu bringen.

Vom Volks- zum Luxusport

Auch andere Wintersportorte investieren kräftig in den Ausbau ihrer Infrastruktur. Dies führt – nebst ge-

stiegener Energiekosten – auch zu höheren Ticketpreisen. Je nach Grösse der Destination kostet ein Tag Skifahren für eine erwachsene Person zwischen 40 und 90 Franken. Mehrere Bahnbetreiber setzten auf «dynamische» Preise, die je nach Nachfrage und Buchungszeitpunkt schwanken. Dies kann in Hotspots wie St. Moritz, Zermatt oder der Snowboard-Hochburg Laax mitunter zu Preisen von über 100 Franken pro Tag führen.

Für Aufsehen sorgte eine Aussage des Laaxer Bergbahnchefs Reto Gurtner, wonach das Preismaximum noch nicht erreicht sei. «In zehn Jahren wird eine Tageskarte in Laax zwischen 200 und 300 Franken kosten», prognostizierte Gurtner letzten Herbst. Er geht davon aus, dass der Ansturm auf schneesichere Gebiete weiter zunehmen wird – und es genügend Passionierte mit hoher Zahlungsbereitschaft gibt. Beim Golfen seien die Leute bereits heute bereit, bis 1000 Franken pro Runde zu bezahlen.

Der Tourismusexperte Jürg Stettler von der Hochschule Luzern rechnet zwar nicht damit, dass sich derart

exorbitante Preise überall durchsetzen können. Doch überlegten sich viele Schweizerinnen und Schweizer, ob sich der Wintersport für sie noch lohne. «Skifahren ist schon heute nicht mehr jener Volkssport, der es noch vor 40 Jahren war», sagte Stettler gegenüber Radio SRF. Zwar betreibt noch immer rund ein Drittel der Bevölkerung Schneesport: «Wer Ski fahren geht, tut dies aber immer seltener.» Vor allem für Familien wird Wintersport zunehmend zum unerschwinglichen Luxusgut – für Eltern mit zwei Kindern kostet eine Woche Skiferien rasch mehrere Tausend Franken.

Die Skilager-Tradition schwindet

Auch an den Schulen hat der frühere Volkssport an Bedeutung eingebüsst. Gehörten in den 1970er-Jahren die jährlichen Skilager noch zum Standardprogramm, ging diese Tradition in den letzten Jahrzehnten zunehmend verloren. Der Lehrplan 21 gibt diesbezüglich lediglich das Ziel vor, dass sich Kinder «auf gleitenden Geräten» fortbewegen können – das geht auch auf Schlittschuhen.

Der Bund subventioniert Schneesportlager mit Geldern aus dem Programm «Jugend+Sport». Pro Jahr profitieren davon rund 100 000 Jugendliche. Mit der 2014 lancierten Schneesportinitiative will auch die Branche wieder vermehrt Kinder und Jugendliche in den Schnee bringen. Die Plattform «GoSnow.ch» bietet Schulen und Lehrpersonen nebst Lehrmitteln fixfertig organisierte Schneesportlager zu günstigen Preisen an. Im laufenden Winter organisiert die Plattform insgesamt rund 400 Lager für über 18 000 Teilnehmende.

Für Fränzi Aufdenblatten, Präsidentin der Initiative und ehemalige Skirennfahrerin, ist Skifahren nicht nur eine Leidenschaft, sondern ein «Schweizer Kulturgut». Für sie ist es unvorstellbar, dass Kinder, die hierzulande aufwachsen, nicht zumindest einmal mit dem Schneesport in Kontakt kommen: «Das wäre, wie wenn man auf Hawaii lebt und nie ein Surfbrett ausprobert.»



Laurent Debrot



In der Geschichte vom kleinen Prinzen zündet ein Mann zu jeder Minute des Tages Laternen an und wieder aus. Ist es genauso absurd, alle Strassen im Land zu beleuchten? Der Neuenburger Laurent Debrot findet: Ja. Der pensionierte Biobauer hat die Nacht zu seiner Mission gemacht, seinen Widerstand führt er von seiner Gemeinde Val-de-Ruz aus. Nach und nach hat diese die öffentliche Beleuchtung in ihren Dörfern von Mitternacht bis 4.45 Uhr ausgeschaltet und ist damit die grösste Gemeinde der Schweiz, in der die Nacht dunkel bleibt. Die Dunkelheit tut Tieren wie Menschen gut und gibt der Nacht ihre ursprüngliche Schönheit zurück. Das Beispiel hat Schule gemacht. Seit 2022 schalten auch die anderen Neuenburger Gemeinden die öffentliche Beleuchtung ab Mitternacht aus. Laurent Debrot ist ein Mann der Tat. 2017 mass er in Malvilliers an einem Fussgängerstreifen vor dem kantonalen Strassenverkehrsamt die Lichtintensität. «Tagsüber wird der Übergang kaum je benutzt, und die Büros machen am späten Nachmittag zu. Da fragt man sich schon, wozu diese Strassenlampen gut sein sollen», so der ehemalige grüne Grossrat. In Val-de-Ruz war Debrot mit Journalisten unterwegs und bemängelte, dass die Fussgängerstreifen von der neuen Nachtregelung ausgenommen waren. «Das ruiniert die Ambiance.» Dieser Punkt ist inzwischen geklärt. So bleibt beispielsweise in Le Locle das Licht nun überall aus, auch bei den Zebrastreifen. Laurent Debrot begrüsst dies, denn es sei nicht auszuschliessen, dass die Beleuchtung der Fussgängerstreifen zu lebensgefährlichem Verhalten verleite. Der Aktivist für dunkle Nächte hat zum Thema gerade eine Umfrage unter der Bevölkerung von Le Locle durchgeführt. Das Resultat freut ihn: «Die Resonanz ist positiv.»

STÉPHANE HERZOG

Das Rentenalter der Frauen steigt nun definitiv

Es bleibt dabei: Das Rentenalter der Frauen in der Schweiz steigt ab diesem Jahr schrittweise von 64 auf 65 Jahre. Das hatten die Stimmberechtigten an sich schon vor zwei Jahren entschieden. Sie stimmten damals sehr knapp einer umfassenden AHV-Reform zu, die – nebst anderem – das höhere Rentenalter beinhaltet. Nur schilderte der Bundesrat vor der Abstimmung die Finanzlage der AHV allzu düster. Seine Prognosezahlen waren fehlerhaft. Deshalb zogen die Grüne Partei und die SP-Frauen den Fall vor Bundesgericht und forderten die Annullierung der Abstimmung. Am 12. Dezember 2024 lehnte das Bundesgericht dies aber ab. Es kritisierte zwar die Fehlleistung der Behörde, befand aber, dass eine Annullierung die Rechtssicherheit untergraben würde.

(MUL)

Zürich darf weiterhin «Zürcher*innen» schreiben

Wie wird Sprache den verschiedenen Geschlechtern gerecht? Das wird besonders im deutschsprachigen Raum heftig diskutiert. Leidenschaftlich kritisiert wird oft der sogenannte Genderstern (wie beispielsweise im Wort «Zürcher*innen»). Gängig ist daneben auch die etwas diskretere Doppelpunktlösung, wie sie auch die «Revue» seit vier Jahren ab und an verwendet (wie beispielsweise im Wort «Schweizer:innen»). Seltener geworden ist dagegen im Deutschen das lange Jahren vertraute Binnen-I (wie im Wort «AusländerInnen»). Deshalb wechselte die Behörde der Stadt Zürich 2022 vom Binnen-I zum geschlechtsneutralen Genderstern. In der Folge wollte eine Volksinitiative der Behörde aber verbieten, in ihren Texten und Dokumenten den Genderstern zu verwenden. Am 27. November 2024 ist diese Initiative vom Volk allerdings klar verworfen worden. Zürichs Behörde darf sich weiterhin an die «Zürcher*innen» wenden. Die Abstimmung ist der erste Volksentscheid in der Schweiz in Sachen gendergerechter Sprache.

(MUL)

Keine Absage an den Eurovision Song Contest 2025

Basel ist und bleibt Host-City des ESC 2025, des Eurovision Song Contests, dem weltweit grössten Musikwettbewerb. Die rechtskonservative Kleinpartei Eidgenössische Demokratische Union (EDU) wollte den ESC per Referendum zu Fall bringen. Die EDU findet, der Anlass habe zuweilen Züge einer satanischen Freak-Show angenommen, sei unmoralisch und zusätzlich unverantwortlich teuer. Basel muss für den Anlass 35 Millionen Franken aufwenden. Die Baslerinnen und Basler teilen die Sorgen der EDU nicht. Am 24. November scheiterte das EDU-Referendum an der Urne sehr klar. Siehe auch: www.revue.link/escbasel

(MUL)

Widerstände gegen «Tempo 30»

Sie finden in unserer Online-Ausgabe zusätzliche Inhalte, etwa unsere Recherche zur Frage, warum Temporeduktionen in Schweizer Städten trotz langer Erfahrung ein Streitgegenstand geblieben sind: www.revue.link/tempo30

Mehr Landesverteidigung, weniger Auslandshilfe

Die Schweizer Armee erhält mehr Geld, finanziert auch durch Einsparungen bei der internationalen Zusammenarbeit. Dies beschloss das Parlament in der Winter-Session nach hitzigen Debatten und langem Hin und Her.

SUSANNE WENGER

Kurz vor Weihnachten stand das Bundesbudget für 2025 fest. Es sieht Ausgaben von 86,5 Milliarden und Einnahmen von 85,7 Milliarden Franken vor. Die Schuldenbremse in der Verfassung erlaubt den erwarteten Fehlbetrag aus konjunkturellen Gründen. Ein dreiwöchiges Ringen zwischen National- und Ständerat ging der Verabschiedung voraus. Besonders umstritten war, wie stark eine Erhöhung der Armeeausgaben durch Kürzungen bei der internationalen Zusammenarbeit kompensiert werden soll: also bei der Entwicklungshilfe, Beiträgen an multilaterale Organisationen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Die Debatte drehte sich auch um die Rolle der Schweiz in einer unsicheren Welt (siehe Zitate). Mehrheitlich Konsens herrscht darüber, das Armeebudget auf 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Uneinigkeit be-



Stimmen aus der Debatte

«Seit Jahrzehnten schicken wir Milliarden von Steuergeldern ins Ausland. Dieses Parlament ging nach dem Mauerfall davon aus, der ewige Frieden sei ausgebrochen.

Die Sorglosigkeit holt uns nun ein.» LARS GUGGISBERG (SVP/BE)

«Es kann nicht sein, dass die Armee einen zusätzlichen Blankocheck in der Höhe von einer halben Milliarde Franken erhält, ohne dass klar ist, wofür das Geld verwendet wird.»

TAMARA FUNICIELLO (SP/BE)

«Die Friedensdividende konnte in den vergangenen Jahren im Ausland eingesetzt werden, nun hat die Schweiz wieder in erster Priorität die eigenen Aufgaben zu erfüllen.»

PETER SCHILLIGER (FDP/LU)

«Es ist der falsche Weg, das Armeebudget um eine halbe Milliarde aufzustocken und gleichzeitig die humanitäre Tradition der Schweiz aufs Spiel zu setzen.»

CORINA GREDIG (GLP/ZH)

«Für ein kleines, neutrales Land wie die Schweiz ist eine umfassende Friedenspolitik die beste Sicherheitspolitik; sie zu vernachlässigen, ist unverantwortlich.»

GERHARD ANDREY (GRÜNE/FR)

«Schauen Sie in die Welt hinaus, wie die Schuldenkrise um sich greift. Finanziell geschwächte Staaten sind auch militärisch geschwächt. Die Bedeutung der Schuldenbremse kann man nicht hoch genug gewichten.»

BENEDIKT WÜRTH (MITTE/SG)

stand über das Tempo: Die Landesregierung strebt 2035 an, das Parlament will das Ziel drei Jahre früher erreichen. Deshalb setzte es im diesjährigen Budget 530 Millionen Franken mehr für die Landesverteidigung ein, als der Bundesrat vorgesehen hatte, also insgesamt 6,3 Milliarden.

Trübe Finanzaussichten

Die bürgerliche Mehrheit des Nationalrats wollte zunächst 250 Millionen Franken, fast die Hälfte der zusätzlichen Armeemillionen, bei der internationalen Zusammenarbeit kürzen. Selbst die sparsame Finanzministerin Karin Keller-Sutter warnte, eine so hohe Kürzung würde Projekte der Entwicklungshilfe gefährden. Der Ständerat reduzierte die Kürzung auf 30 Millionen, bestand aber ebenfalls darauf, die Armeeausgaben zu kompensieren, wegen der Schuldenbremse und trüber Finanzaussichten. In der Differenzbereinigung einigten sich die Räte auf den Kompromiss, bei der internationalen Zusammenarbeit 110 Millionen Franken zu sparen.

Weitere Kürzungen sind unter anderem beim Bundespersonal vorgesehen. Appelle, nicht nur zu sparen, sondern auch Mehreinnahmen zu generieren, verhallten vorerst. Die bürgerlichen Parteien SVP, FDP und Mitte zeigten sich mit dem Budget 2025 zufrieden, während die Ratslinke mit SP und Grünen Kritik übte. Im Februar geht die finanzpolitische Kontroverse weiter. Ab 2027 drohen strukturelle Defizite, weshalb die Landesregierung ein Sanierungspaket für den Bundeshaushalt in die Vernehmlassung schickt, basierend auf Vorschlägen einer Expertengruppe.

Das Parlament drängt auf eine rasche Stärkung der Armee. Im Bild: Bei einer Übung der Luftwaffe landeten am 5. Juni 2024 Kampfjets auf der Autobahn nahe Payerne (VD).

Foto Keystone

Weberin Isabel Bürgin: «Die Ideen kommen aus dem Machen heraus»

Die Weberei ist weltweit eine der ältesten Kulturtechniken. In der Schweiz betreiben mehrere Hundert Weberinnen und Weber das Handwerk – unter ihnen die Weberin und Textildesignerin Isabel Bürgin.

GERLIND MARTIN

Isabel Bürgin webt, seit sie 1981 ihre Ausbildung zur Textildesignerin und Handweberin begonnen hat. Ihr Atelier in einem Hinterhaus im Basler Klybeck-Quartier ist hell und hoch und hat eine Geschichte: Früher haben hier ihr Grossvater und ein Onkel eine Zuckerbäckerei betrieben. Die Zuckerbäckerei und die Weberei seien Handwerke mit Tradition, sagt Isabel Bürgin. «Ich führe die Familiengeschichte weiter.»

Ihr Atelier mit drei Webstühlen ist auch Büro und Showroom. Besucherinnen und Besucher können die bunt leuchtenden Teppiche, die farbigen Decken und flauschigen Schals ansehen, anfassen, sich informieren. In einem Laden zu sitzen und auf Kundschaft zu warten, wäre nichts für Isabel Bürgin. Sie muss wirken, werken, sich bewegen. «Ich bin eine Läuferin», sagt die agile Frau, die als Jugendliche Tänzerin werden wollte. Tägliche Fussmärsche regen die Künstlerin an: «Ein Geräusch, eine Farbkombination in den Kleidern einer Frau, die an mir vorbeiläuft, die Natur, Lichtstimmungen: Inspiration kann man nicht holen, dafür muss man offen sein.» Ihre Kreationen entwirft sie am Webstuhl. Sie probiert Muster aus, begutachtet, verwirft, verändert, experimentiert mit Farben und Garnen. So entsteht langsam das Muster, das sie später mit einer Websoftware verfeinert. «Die Ideen kommen aus dem Machen heraus», erklärt sie. «Ich setze das Handwerk in Bilder um.»

Faszinierend – und zu schwierig

In der Textilfachklasse an der Schule für Gestaltung in Basel lernte Isabel Bürgin weben. Allerdings verstand sie



anfangs partout nicht, wie Weben technisch funktioniert. «Ich war fasziniert, aber es schien mir zu schwierig.» Doch als die damals sechs Studentinnen Blockunterricht erwirkten, änderte sich alles: Nun hatte sie genügend Zeit, sich in ihre jeweilige Aufgabe zu vertiefen. Ihr räumliches Vorstellungsvermögen bildete sich aus, sie vermochte in das Gewebe hineinzusehen. «Endlich begriff ich, wie Gewebe funktioniert. Damals hat es mich gepackt.»

In ihrer Abschlussarbeit suchte Isabel Bürgin Antworten auf die Frage: Was möchte ich spüren, wenn ich blind wäre; wie könnte sich ein haptischer Fussweg anfühlen? «Damals webte ich meinen allerersten Teppich, einen Läufer.» Sie ahnte nicht, dass das Teppichweben sie 37 Jahre lang,

Isabel Bürgin zeigt eine ihrer Kreationen: einen weichen und voluminösen Bodenteppich aus Schafwolle.

Foto Lisa Schäublin

ja wahrscheinlich länger, beschäftigen würde. «Es ist wirklich eine Leidenschaft geworden.»

Keine Angst vor dem Scheitern

1986 gründete die 24-Jährige ihr eigenes Atelier. In der Tasche hatte sie den Lehrabschluss als Handweberin, das Diplom als Textildesignerin und ermutigende Erfahrungen aus ihrem Praktikum im Atelier des Designers Ulf Moritz in Amsterdam. Insbesondere die «holländische Art», spontan eigene Ideen auszuprobieren und keine Angst vor dem Scheitern zu haben, spornte sie an. Anfang der 1990er-Jahre gewann die junge Geschäftsfrau und Künstlerin zweimal das Eidgenössische Stipendium für angewandte Kunst vom Bundesamt

für Kultur. Das erlaubte ihr, eine Weile ohne Geldsorgen zu arbeiten. In dieser Phase kreierte sie den Teppich «sch-nur-zufall» (eine Dialektabkürzung für: «Die Schnurfarbe ist nur Zufall») aus naturgrauem Ziegenhaar und farbiger Recyclingschnur. «Er ist die Basis meiner Kollektion.» Nun konnten Kaufinteressierte den Teppich anfassen und sich vorstellen, ihn zu Hause auf den Boden zu legen. Den «sch-nur-zufall» webt sie bis heute mit Begeisterung. «Es ist jedes Mal hoch spannend, wie er herauskommt, weil die Schnurfarbe immer anders ist.»

Decken und Schals zum Mitnehmen

Seit Jahren stellt die Weberin ihre Produkte an Messen aus. Kaum jemand kauft bei dieser Gelegenheit allerdings spontan einen teuren Teppich. Besser verkaufen sich Produkte zum Mitnehmen: So entwickelte sie ihr vielfältiges, vielfarbiges Wolldecken-Programm. Zum Beispiel die in sieben Farben gewebte «wollok»-Decke mit beispiellos üppigen Fransen, ein



Das Atelier in Basel (oben) ist gleichzeitig Büro und Showroom. In der Mitte steht das grösste Arbeitsinstrument: Der drei Meter breite Webstuhl erfordert intensiven Körpereinsatz. Nebst Schals und Decken sind Teppiche (unten) das wichtigste Produkt der Kollektion. Fotos Lisa Schäublin



«multifunktionales Körpermöbel, keine Kuschedecke». Wichtig auch ihre Serien weich-wärmender, ebenfalls farbiger Schals.

«Man muss es realistisch sehen», beantwortet Isabel Bürgin die Frage nach ihrem Verdienst. Um die grössten finanziellen Schlaglöcher ihrer Weberei abzdämpfen, habe sie während dreiundzwanzig Jahren Nebenjobs gemacht. Unter anderem leitete sie Workshops, unterrichtete an Kunsthochschulen; 2005 wurde sie an die Kunsthochschule Kassel berufen. Diese dreijährige Professur habe ihr alles abverlangt. Es war ihr letzter «Nebenjob».

«Das Material spüren»

Die unterschiedlichen Garne und Randabschlüsse, die Struktur, Dichte und Gestaltung tragen zur auffallenden Vielfalt ihrer Teppichkollektion bei. Dies, obwohl ihr Teppichwebstuhl nur zwei Schäfte hat. Eine Beschränkung, die sie zu höchster Kreativität herausfordert. Auch der Körper der Weberin ist gefordert: Ihr Teppichwebstuhl ist drei Meter breit! Die Weberin sitzt bei dieser Arbeit also nicht, vielmehr geht sie unablässig vor dem Webstuhl hin und her. Auch wenn der Schaftwechsel mit Druckluft unterstützt wird – das Teppichweben bleibt eine anstrengende Ar-

Neues Buch zum Weben in der Schweiz

Das obige Porträt ist ein gekürzter Auszug aus dem kürzlich erschienenen Buch «Alle Fäden in der Hand. Weben in der Schweiz». Die Autorinnen porträtieren darin 13 Weberinnen und einen Weber aus drei Generationen: Die Älteste ist über 90 Jahre alt, die Jüngste hat vor kurzem die dreijährige Berufsausbildung zur Gewebegestalterin abgeschlossen. Ihre unterschiedlichen Erfahrungen und Arbeitsweisen zeigen das Potenzial des alten Handwerks auf. Zudem wird im Buch die Entwicklung des Handwebens der letzten gut 100 Jahre beschrieben – darunter die Bemühungen, das Handwerk nicht nur zu erhalten, sondern zu einem zeitgemässen und attraktiven Beruf weiterzuentwickeln. Schweizweit sind derzeit rund 650 Weberinnen und Weber einem Textilfachverband angeschlossen.



Gerlind Martin, Regula Zähler (Hg.):
Alle Fäden in der Hand – Weben in der Schweiz.
204 Seiten, 145 meist farbige Abbildungen,
gebunden, 21 x 27 cm.
© 2024 Christoph-Merian-Verlag.
CHF 49.– / EUR 49.– ISBN 978-3-03969-035-0

beit. Manche raten ihr, ihre Produkte weben zu lassen. Ob dieser Vorstellung kann Isabel Bürgin nur lachen: «Das kommt gar nicht in Frage, das Weben ist doch grad etwas vom Schönsten! Mit den Händen arbeiten, das Material spüren!»

Stimmvolk stoppt Pläne für Autobahn-Ausbau

Beim Urnengang vom 24. November 2024 lehnten die Stimmenden mit 52,7 Prozent Nein einen Fünf-Milliarden-Kredit zum Ausbau von Autobahnen ab. Auch beim Mietrecht stellte sich das Stimmvolk gleich zwei Mal gegen die Bundesbehörden.

THEODORA PETER

Nein, Nein und nochmals Nein: Der letzte Urnengang im Jahr 2024 endete für Regierung und Parlament mit einem herben Dämpfer. Die Schweizerinnen und Schweizer lehnten gleich drei von vier Vorlagen aus dem Bundeshaus ab: Nebst dem Ausbau der Autobahnen auch zwei Lockerungen im Mietrecht, gegen die der Mieterinnen- und Mieterverband auf die Barrikaden gestiegen war. Grünes Licht gab das Stimmvolk einzig zur Gesundheitsreform, die zu einer einheitlichen Finanzierung von Leistungen der Krankenversicherung führt.

Weniger kritisch gegenüber den Behörden zeigte sich am 24. November die Fünfte Schweiz: Im Gegensatz zur Volksmehrheit befürworteten die Auslandschweizerinnen und -schweizer sowohl den Autobahn-Kredit wie auch eine der beiden umstrittenen Anpassungen im Mietrecht (siehe Grafiken). Sie folgten somit bei drei von vier Vorlagen der Haltung von Bundesrat und Parlament. Dies bestätigt den Trend, wonach die Fünfte Schweiz behörden-treuer abstimmt.

Linksgrüne Opposition erfolgreich

Im Inland hingegen scheint das Vertrauen in die Behörden zumindest angeknackst. Im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode gewann die Regierung lediglich sieben von zwölf Abstimmungen. Fünf Mal triumphierte 2024 die Linke – SP und Gewerkschaften insbesondere mit ihrer

Initiative zur Einführung einer 13. AHV-Rente («Revue» 3/2024). Diese linken Abstimmungserfolge sind bemerkenswert angesichts der Tatsache, dass das Parlament bei den eidgenössischen Wahlen vom Herbst 2023 markant nach rechts gerutscht war. Vor diesem Hintergrund ist das gleich dreifache Abstimmungs-Nein ein Signal an die Machtpolitik der bürgerlichen Parteien: SVP, FDP und Mitte, die in Regierung und Parlament den Ton angeben, wurden vom Volk lautstark zurückgepfiffen.

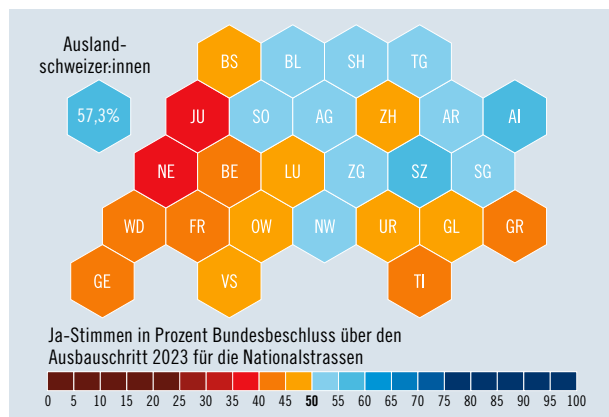
Frauen autokritischer als Männer

Am 24. November kehrten nebst der SP auch die Grünen auf die Siegerstrasse zurück. Mit ihrer Kampagne gegen den «masslosen» Autobahnausbau («Revue» 5/2024) traf das ökologische Lager offenbar einen Nerv in der Bevölkerung, wie eine Befragung nach der Abstimmung zeigte. Nebst Klima-Bedenken spielte demnach auch die Befürchtung eine Rolle, dass mehr Strassen noch mehr Verkehr bringen könnten. Dieses Argument der Gegner überzeugte vor allem die Frauen, die gar zu 60 Prozent Nein stimmten.

Die Männer hingegen zeigten sich autofreundlicher: 56 Prozent nahmen den Kredit an, bei dem es aus Sicht der Befürworter lediglich darum ging, Engpässe auf ein paar Autobahn-Abschnitten auszumerzen. Möglicherweise hatte sich das Ja-Lager deswegen zu sicher gefühlt. Ihr Slogan «Für eine Schweiz, die vorwärtskommt» fand jedoch bei der Mehrheit kein Gehör.

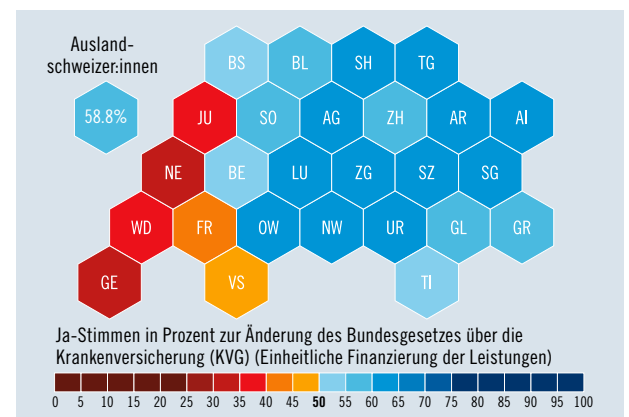


Kredit zum Ausbau der Nationalstrassen



Schweizweit sprachen sich lediglich 47,3 Prozent für die geplanten sechs Ausbauten der Autobahnen aus. Im Gegensatz dazu sagte die Fünfte Schweiz mit 57,3 Prozent deutlich Ja zum Kredit – und blieb damit wie die Stimmenden in elf Kantonen in der Minderheit.

Einheitliche Finanzierung von Leistungen der Krankenversicherung



Eine Mehrheit von 53,3 Prozent gab grünes Licht für das neue Finanzierungsmodell im Gesundheitssektor. Noch deutlicher fiel das Ja der Fünften Schweiz aus. Insgesamt zeigte sich bei dieser Vorlage ein klarer Röstigraben zwischen der Romandie und der übrigen Schweiz.



Der Politologe und Meinungsforscher Michael Hermann interpretierte das Nein zum Autobahn-Ausbau auch als Ausdruck eines «Wachstumsschmerzes». Viele Menschen hätten das Gefühl, die Schweiz wachse zu schnell: «Sie fürchten sich vor einer immer graueren, zubetonierten Schweiz», erklärte Hermann gegenüber den Tamedia-Zeitungen.

Nach dem negativen Volksentscheid ist klar, dass es weitere Strassenbauprojekte schwer haben werden. Vom Tisch ist gemäss Verkehrsminister Albert Rösti (SVP) etwa ein durchgehender Gesamtausbau der Autobahn A1. Bundesrat und Parlament wollte die vielbefahrene Achse zwischen Lausanne und Genf sowie Bern und Zürich auf mindestens sechs Spuren erweitern.

Volks-Ja einzig zur Gesundheitsreform

Vorwärts geht es hingegen bei den Reformen im Gesundheitsbereich. Mit 53,3 Prozent Ja stellten sich die Schweizerinnen und Schweizer hinter die einheitliche Finanzierung von Leistungen der Krankenversicherung. Auch die Fünfte Schweiz befürwortete die Gesetzesänderung. Sie soll dazu führen, dass mehr Behandlungen ambulant und

damit kostengünstiger durchgeführt werden. Davon erhoffen sich die Behörden Einsparungen von bis 440 Millionen Franken.

Bei dieser Abstimmung gingen die Gewerkschaften für einmal als Verlierer vom Platz. Sie hatten die Vorlage unter anderem mit dem Argument bekämpft, dass es zu Abstrichen bei der Qualität der Pflege und den Arbeitsbedingungen des Personals kommen könnte.

Nach dem Nein des Volks sind zusätzliche Fahrspuren für die Autobahn A1 (im Bild der Abschnitt Bern Wankdorf) fürs Erste kein Thema mehr.
Foto Keystone

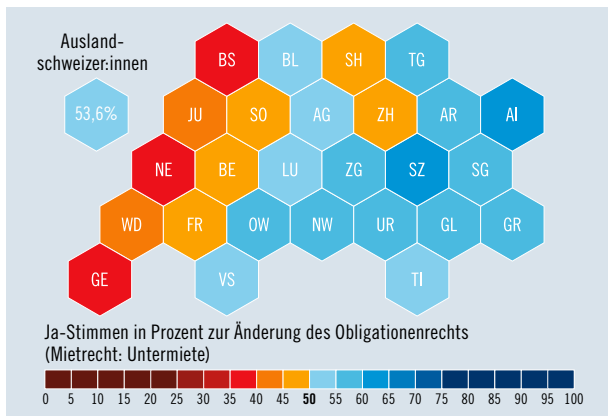
Denkzettel für Hauseigentümer-Lobby

Beim Mietrecht hingegen bleibt alles beim Alten. Mit 51,6 Prozent Nein lehnte das Stimmvolk strengere Regeln für Untermiete aus – die Fünfte Schweiz stimmte der Gesetzesänderung vergeblich zu. Ziel der Vorlage war es, Missbräuche zu bekämpfen. So hätten Mieterinnen und Mieter für jegliche Weitervermietung explizit eine schriftliche Zustimmung der Eigentümerschaft einholen müssen. Nun bleibt es wie bisher bei einer blossen Auskunftspflicht.

Etwas deutlicher fiel das Nein (53,8 Prozent) zu einer einfacheren Kündigung bei Eigenbedarf ab. Auch in Zukunft müssen Hausbesitzende somit nachweisen, dass sie eine Wohnung oder ein Haus «dringend» für sich oder nahe Verwandte benötigen, wenn sie einen bestehenden Mietvertrag auflösen wollen. Auch die Fünfte Schweiz wollte diese Regelung nicht zu Gunsten der Hauseigentümer lockern.

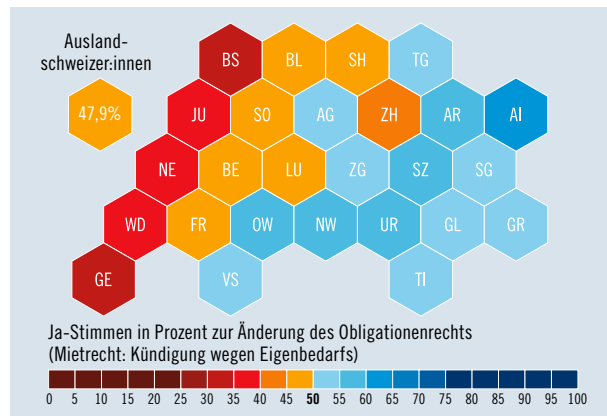
Der siegreiche Mieterinnen- und Mieterverband rüstet sich bereits für neue Abwehrschlachten. Noch am Abstimmungssonntag drohte er Referenden an, sollte das Parlament weitere «Verschlechterungsvorlagen» beschliessen – zum Beispiel bei der Festlegung der Mietzinse. Kommt es so weit, wird erneut das Volk das letzte Wort haben.

Mietrecht I: Strengere Regeln für Untermiete



Die Verschärfungen zu Lasten der Mietenden fanden national mit 48,4 Prozent keine Mehrheit. Die Fünfte Schweiz stimmte hingegen mit 53,6 Prozent Ja zu. Zum siegreichen Nein-Lager gehörte nebst der Westschweiz auch der bevölkerungsreiche Kanton Zürich.

Mietrecht II: Einfachere Kündigung bei Eigenbedarf



Diese zweite Anpassung des Mietrechts stiess mit nur 46,2 Prozent Ja auf noch weniger Gegenliebe. Auch die Fünfte Schweiz verweigerte dieser Lockerung zugunsten der Hauseigentümer die Unterstützung und gesellte sich zum Nein-Lager.

Als Kinder investierten wir unser erstes Sackgeld in Süßigkeiten am Kiosk, von Cola-Fröschchen bis Caramel-Stängel, allen Ermahnungen der Eltern zum Trotz. Als Erwachsene kauften wir Zeitungen, Zeitschriften, Zigaretten. Wir füllten den Lottozettel aus und träumten vom Jackpot, der nie kam. Die Kioskverkäuferinnen und -verkäufer erkannten sofort, ob man plaudern wollte oder nicht. Ein neues Buch, «Kiosk – Ein Kaleidoskop», würdigt die alltäglichen Verkaufshäuschen im Quartier, am Bahnhof oder im Einkaufszentrum auf gelungene Weise. Mit einem Hauch Nostalgie, da der klassische Kiosk in der Schweiz am Verschwinden ist. Tabakwaren, Zucker und gedruckte Zeitungen sind weniger gefragt als in den Kiosk-Blütezeiten des 20. Jahrhunderts. Die grösste Kioskbetreiberin Valora betreibt heute noch 800 Filialen mit erweitertem Angebot, darunter Take-away-Essen und Aufladen von Powerbanks. Das schön gestaltete Buch zeigt den guten alten Kiosk aber auch mit dem frischen Blick von Kulturpublizistik-Studierenden, Digital Natives, und ordnet ihn kultur-, konsum- und architekturgeschichtlich ein. Die Texte und rund hundert Abbildungen fangen die Kiosk-Athmosphäre treffend ein. Etwa, wenn die Herausgebenden schreiben, der Kiosk sei ein Ort, «wo die Nachrichten der Welt gestapelt aufeinanderliegen». Und «wo Hastige und Schlaflose den Tag beginnen».

SUSANNE WENGER

Kioske: Bunte Orte der Erinnerungen, neu betrachtet



Zahlenlotto und der Traum vom Hauptgewinn: Glücksspiele gehören zum Kiosk-Angebot und werden rege genutzt.



Ein legendäres Schweizer Bonbon:
das Cola-Fröschli.



Plattform Kulturpublizistik,
Zürcher Hochschule der Künste

«Kiosk – Ein Kaleidoskop»,
Limmat-Verlag 2024.
208 Seiten, CHF 38
(in deutscher Sprache)

Fussball-Tauschbilder, Zigaretten,
Zeitschriften: Kiosk-Verkäuferin
Dora Meier 1976 in Niederbipp (SO).



Ästhetische
Symmetrie der
Warengestelle,
fotografisch
eingefangen im
Buch über das
Phänomen Kiosk.
Alle Fotos Limmat Verlag



In den Verkaufshäuschen
überlagern sich Marken,
Gegenstände und Kulturen.

Ein flüchtiger Ort, schon fast
liebvoll eingerichtet: Kioske



«Die Leute wollen wissen, was in ihrem Dorf passiert»

Schweizer Medienkonzerne kürzen unter wirtschaftlichem Druck beim Lokaljournalismus. Das wird zum Problem für die Demokratie. Doch der 150-jährige «Unter-Emmentaler» berichtet weiterhin aus den Gemeinden – und trotz erfolgreich der Krise.



SUSANNE WENGER

Wer den «Unter-Emmentaler» im bernischen Huttwil besucht, wird von einer Mitarbeiterin der Schürch Druck & Medien AG durch die laute Druckerei geführt. Eine steile, verwinkelte Holztreppe im hinteren Teil des Gebäudes führt zur Redaktion und zu einem kleinen Sitzungszimmer mit Porträts der Gründerfamilie an der Wand. Das 1875 gegründete Unternehmen ist bis heute in Familienbesitz. Als der «Unter-Emmentaler» kürzlich eine Redaktionsstelle ausschrieb, bezeichnete er sich als «eine der letzten unabhängigen Lokalzeitungen der Schweiz».

An diesem Novembernachmittag sind die meisten Arbeitsplätze leer, die Journalistinnen und Journalisten im Schneetreiben unterwegs. Sechs Redaktionsmitglieder teilen sich 510 Stellenprozente und füllen mit zehn freien Mitarbeitenden zwei Ausgaben pro Woche. Das Verbreitungsgebiet umfasst Teile des Emmentals und des Oberaargaus im Kanton Bern sowie des Luzerner Hinterlandes. Walter Ryser, ein erfahrener Lokaljournalist, kennt die Gegend bestens.

«Ein guter Nährboden»

Als Leiter Medien beim Unternehmen berät Ryser die Geschäftsleitung strategisch und verfasst Artikel für den «Unter-Emmentaler». Daneben betreibt er eine kleine Werbeagentur und engagiert sich in Kultur- und Sportvereinen. Er beschreibt die Region als «ländlich-konservativ» und sagt: «Hier werden Traditionen bewahrt, das Leben verläuft gemächlich – ein guter Nährboden für Lokaljournalismus.» Aber auch die Stadt Langenthal gehört heute zum

Redaktions Sitzung beim «Unter-Emmentaler»: Das Team übt Blattkritik und legt die neuen Themen fest. Oben am Tisch: Walter Ryser. Foto ZVG



Redaktionsleiter
Thomas Peter. Foto ZVG

«Hier werden Traditionen bewahrt»: Huttwil im Kanton Bern, wo der «Unter-Emmentaler» seit seinen Anfängen produziert wird. Foto Keystone

Einzugsgebiet. «Schon zwischen Langenthal und Huttwil liegen Welten», erklärt Ryser's Kollege Thomas Peter, Redaktionsleiter des «Unter-Emmentalers».

Vielfalt auf kleinem Raum, typisch für die Schweiz. «Journalistisch ist das ein Balanceakt», sagt Peter. Doch die Zeitung meistert ihn bewusst. «Wir machen, was die grossen Verleger vernachlässigen: echten Lokaljournalismus», betont Ryser. Er spricht damit die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre an. Die Schweiz zeichnete sich lange durch eine fein verästelte Medienlandschaft aus, ein bedeutender Teil der föderalen Struktur. Doch seit der Jahrtausendwende lässt die Digitalisierung das Geschäftsmodell der Zeitungsverlage einbrechen. Sparrunden und Fusionswellen trafen besonders den Lokaljournalismus.

Viele Titel verschwunden

Mindestens 70 Titel verschwanden zwischen 2003 und 2021. Die Blätter wurden eingestellt oder in zentral gesteuerte Redaktionen grösserer Medienunternehmen integriert. Zu diesen gehört die Zürcher Tamedia, die auch Titel im Kanton Bern und der Romandie besitzt. Letzten Herbst verkündete Tamedia einen erneuten markanten Stellenabbau und weitere Zusammenlegungen. Ziel sei es, mit den grössten publizistischen Titeln digital zu wachsen, so das Unternehmen. In betroffenen Regionen von Genf bis Winterthur wurde heftige Kritik laut. Auch die Region Emmental-Oberaargau spürt den Schwund: Das einst eigenständige «Langenthaler Tagblatt», das schon seit einigen Jahren nur noch als Split-Ausgabe der «Berliner Zeitung» erscheint, geht jetzt vollständig in diesem Tamedia-Titel auf.

Walter Ryser, der publizistische Verantwortliche beim «Unter-Emmentaler», war früher Chefredaktor des «Lan-

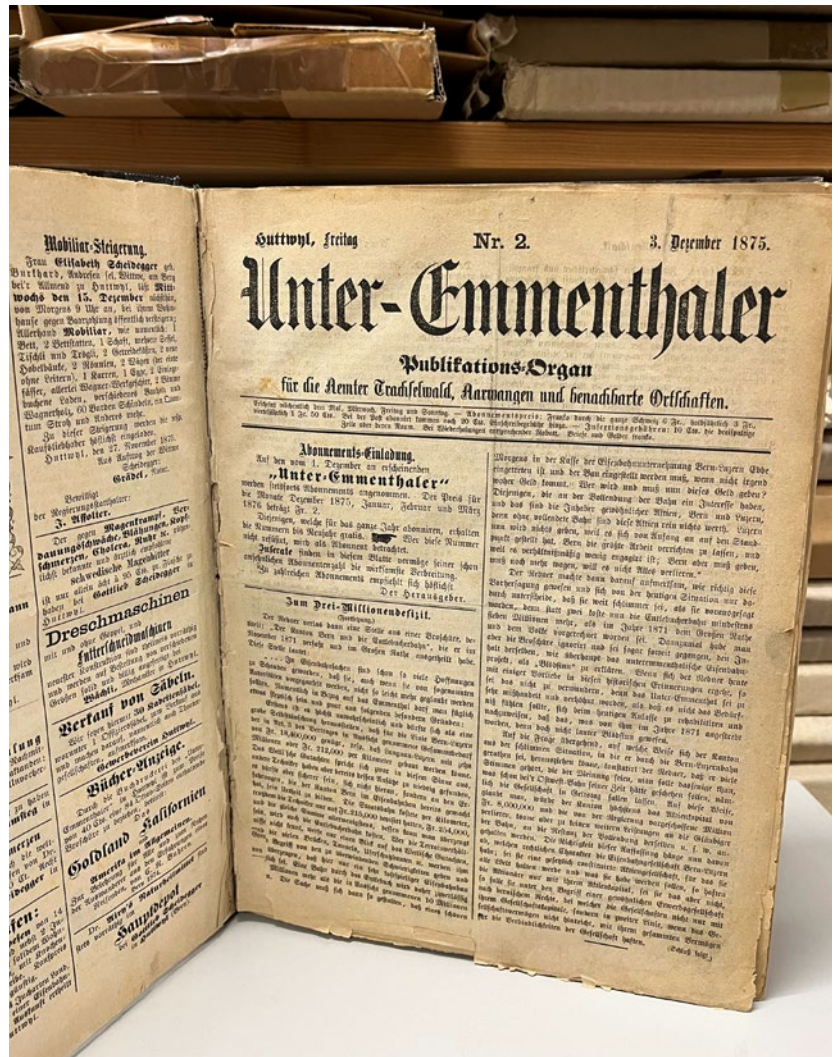


das bei überregionalen und nationalen Titeln am Erodieren ist, also die Mischfinanzierung aus Abo- und Inserateneinnahmen», erklärt der Medienjournalist Nick Lüthi. Das liege daran, dass es für Leserschaft und Inseratenkunden keine Alternativen gibt und diese Medien weiterhin einen Service public bieten, der geschätzt und genutzt wird: «Die Tamedia-Zeitungen gehen schon länger nicht mehr so in die Tiefe, wie das ein «Unter-Emmentaler» leisten kann», sagt der Branchenkenner. Zudem erreichten der Dorfmetzger und der Hofladen ihr Publikum mit einem Inserat in der Zeitung besser als mit einer Kampagne auf Online-Kanälen.

«Wichtige Rolle»

Politikerinnen und Politiker bedauern die Ausdünnung der Lokalberichterstattung durch Tamedia in ihrer Region. Sie begrüssen umso mehr, dass der «Unter-Emmentaler» über das Geschehen in ihren Gemeinden schreibt. «Er berichtet über Anlässe, Ereignisse und behördliche Informationen, die sonst nicht mehr an die Bevölkerung gelangen würden», sagt Langenthal Stadtpräsident Reto Müller. Kritisch sieht er einzelne personelle Verflechtungen mit Ortsparteien und einem Sportklub. Ein Verzicht auf direkte Verbindungen wäre für ihn wünschenswert.

Für Hans Peter Baltensperger, den langjährigen Gemeindepräsidenten von Wyssachen, erfüllt der «Unter-Emmentaler» eine «extrem wichtige Rolle». Ohne diesen käme die kleine Gemeinde medial kaum mehr vor, doch Lokalpolitik setze informierte Bürgerinnen und Bürger voraus. Das Weltgeschehen erfährt man über grosse Medien, «für lokale Informationen braucht es die Lokal-



zeitung». Baltenspergers Transportunternehmen unterstützt aus Solidarität lokale Vereine bei der Inseratenwerbung, was dem «Unter-Emmentaler» zugute kommt. «Lokales Kulturgut»

«Einladung zum Abonnement»: Im Archiv finden sich die ersten Ausgaben der Zeitung, die seit 1875 erscheint. Foto Susanne Wenger

Bei Schürch Druck & Medien ist man zuversichtlich: Das Geschäftsmodell der gedruckten Zeitung wird noch länger funktionieren. Es sollte möglich sein, unter den rund 45000 Einwohnerinnen und Einwohnern des Einzugsgebiets mindestens zehn Prozent Abonnentinnen und Abonnenten bei der Stange zu halten, sagt Walter Ryser. Auch Jüngere wenden sich wieder vermehrt den Traditionen zu, stellt er fest, und fügt an: «Der 150-jährige «Unter-Emmentaler» ist ein lokales Kulturgut.» Eines, das sich auch ausgewanderte Emmentalerinnen und Oberaargauer zuschicken lassen: Das Blatt aus Huttwil hat Abos weltweit.

www.unter-emmentaler.ch

Auch junge Online-Medien füllen die Lücke

Vor allem in urbanen Regionen springen neue Online-Medien in die lokaljournalistische Lücke, die die grossen Verlage hinterlassen: Unabhängige Portale wie «hauptstadt.be», «tsüri.ch», und «bajour.ch» wollen die Medienvielfalt an ihren Orten erhalten. Die Neugründungen bauen Communitys auf, die die redaktionellen Inhalte zum grossen Teil mit Abos finanzieren. Stiftungen leisten Anschubfinanzierungen. Doch tragfähige Erlöse zu erwirtschaften, ist anspruchsvoll. 2022 lehnte das Schweizer Volk ein Gesetz mit neuen Förderinstrumenten ab, von denen auch Online-Medien profitiert hätten.

Dabei bleibt es, wie das nationale Parlament in der Wintersession 2024 beschlossen hat. Stattdessen wird wahrscheinlich die bisherige indirekte Presseförderung via Posttaxen aufgestockt. Dies auch, weil die Regional- und Lokalpresse für die Demokratie wichtig sei. (SWE)

Bern: www.hauptstadt.be

Zürich: www.tsüri.ch

Basel: www.bajour.ch

Die «Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizer:innen, erscheint im 50. Jahrgang fünfmal jährlich in Deutsch, Französisch, Englisch und Spanisch. Sie erscheint in 13 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 469 000 Exemplaren (davon 299 000 elektronische Exemplare).

Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizer:innen erhalten die Zeitschrift gratis. Nichtauslandschweizer:innen können sie kostenpflichtig abonnieren (Schweiz: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.– pro Jahr).

ONLINE-AUSGABE
www.revue.ch

REDAKTION
Marc Lettau, Chefredaktor (MUL)
Stéphane Herzog (SH)
Theodora Peter (TP)
Susanne Wenger (SWE)
Amandine Madziel, Vertretung EDA (AM)

AMTLICHE MITTEILUNGEN DES EDA
Die redaktionelle Verantwortung für die Rubrik «Aus dem Bundeshaus» trägt die Konsularische Direktion, Abteilung Innovation und Partnerschaften, Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz. kdip@eda.admin.ch | www.eda.admin.ch

ANZEIGENLEITUNG
Airpage AG, Uster/Zürich
furrer@airpage.ch | www.airpage.ch

Die Auftraggeber:innen von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.

REDAKTIONSASSISTENZ
Nema Bliigenstorfer (NB)

ÜBERSETZUNG
SwissGlobal Language Services AG, Baden

GESTALTUNG
Joseph Haas, Zürich

DRUCK & PRODUKTION
Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

HERAUSGEBERIN
Herausgeberin der «Schweizer Revue» ist die Auslandschweizer-Organisation. Sitz der Herausgeberin und der Redaktion: Auslandschweizer-Organisation, Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz. revue@swisscommunity.org
Telefon +41 31 356 61 10
Bankverbindung: CH97 0079 0016 1294 4609 8 / KBBECH22

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE
4. Dezember 2024

ADRESSÄNDERUNGEN
Änderungen in der Zustellung teilen Sie bitte direkt Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit. Die Redaktion hat keinen Zugriff auf Ihre Adressdaten.



Ein Prosit auf Geld, Gold, Garten – und Matratzen!

833 500 000 000

Die 300 Reichsten in der Schweiz sind so reich wie noch nie. Sie besitzen neu insgesamt 833,5 Milliarden Franken. Die seit 1988 stets auf Ende Jahr hin publizierte Liste der Superreichen lesen vor allem jene ganz ergriffen, die von grossen Vermögen nur träumen. 1988 betrug das kumulierte Vermögen der 300 Reichsten übrigens erst 66 Milliarden. Quelle: Wirtschaftsmagazin Bilanz



88 000 000 000

Wenn primär Reiche reicher werden, dann hat das damit zu tun, wie am Ende des Lebens abgerechnet wird. Ein grosser Teil aller vererbten Vermögen geht an jene, die bereits viel haben. Das lässt das Wohlstandgefälle wachsen statt schrumpfen. 88 Milliarden Franken pro Jahr: So viel wurde in der Schweiz gemäss neusten Erhebungen vererbt. Das ist etwa doppelt so viel wie die gesamte von der AHV ausbezahlte Summe.



1 000 000 000

In der Schweiz gilt das Sparen als Tugend. Doch vielleicht muss die Schweiz neu als vergessliche Nation gelesen werden? Laut der Nationalbank (SNB) sind 17 Millionen Schweizer Banknoten der Serie 6 (1976) mit einem Gesamtwert von rund einer Milliarde Franken verschollen. Sie sind heute wertlos, wurden nie gegen neue Noten umgetauscht und gelten als verschollen. Geld in die Matratze einzunähen und es dann zu vergessen. Wobei: Ein Umtausch direkt bei der SNB bleibt weiterhin möglich. www.revue.link/serie6



200 000

Wenn das Sparkonto kaum noch Zins abwirft, reizt der Glanz des Goldes. Schweizerinnen und Schweizer sehen Gold vermehrt als stabile Wertanlage und hüten inzwischen einen privaten Goldschatz von rund 200 000 Kilogramm. Weniger als 40 Prozent bewahren ihr Gold in einem Banksafe auf. Viele lagern es zuhause. Und 5 Prozent – vergraben es in ihrem Garten. Quelle: Uni St. Gallen und Philoro Schweiz

7,5

Ob all dem vorhandenen und vergessenen Reichtum könnte man ja eine Flasche Waadtländer Weisswein entkorken? Immerhin ist da mit einer Art Zins zu rechnen: Heute verkaufen die Waadtländer Weinbauern ihren Wein in 7,0 dl-Flaschen. Doch die EU macht Druck und fordert mehr Normierung. Darum dürften die Winzer über kurz oder lang auf 7,5-dl-Flaschen umstellen müssen.



Basel-Stadt, Schweizer Hochburg der Einsamkeit

In Basel-Stadt sind 47 % der Wohnungen Einpersonenhaushalte, im Schweizer Mittel sind es 36%. Ein Viertel der Bevölkerung lebt allein. Die Behörden haben eine Strategie zur Aufklärung und Bekämpfung von Einsamkeit lanciert. Sowohl alte wie junge Menschen leiden. Eine Reportage über ein Tabuthema.

STÉPHANE HERZOG

Die Wohnung der 82-jährigen Esther Janine Zehntner ist an diesem Herbstmorgen vom Licht durchflutet. Die Aussicht auf Basel von ihrer Vierzimmerwohnung im sechsten Stock eines Gebäudes am Rande des Iselin-Quartiers ist herrlich. «Ich lebe gut. Ich habe immer allein gelebt, ohne dass ich unbedingt danach gesucht hätte», erzählt die ehemalige Lehrerin. Sie hat fast zehn Jahre ihres Lebens für den Weltbund der Christlichen Vereine Junger Frauen (YWCA) in Afrika verbracht. «Ich habe ein schwarzes Herz», sagt sie und erzählt von ihrem Einsatz für die Entwicklungszusammenarbeit auf diesem Kontinent. In

Basel ist Esther jeden Tag zu Fuss unterwegs, um in Form zu bleiben. Sie spaziert gerne am Rhein entlang und durch den Basler Zoo. Sie kann auf einen Freundeskreis zählen, mit dem sie ins Theater, ins Konzert oder ins Museum geht. Leidet sie manchmal unter Einsamkeit, wie dies bei immer mehr Menschen in der Schweiz der Fall ist? Die Bevölkerung wird immer älter, die Zahl der Scheidungen nimmt zu. Im Kanton Basel-Stadt lebt rund ein Viertel der Bevölkerung – 50000 Personen – allein. 47% der Wohnungen sind Einpersonenhaushalte; 53% der Wohnungen, in denen rund 150000 Menschen leben, werden also von zwei oder mehr Personen bewohnt.

Sie wirkt wie ein Kontrast zu der im Schnitt sehr kleinen Haushaltsgrösse: die grosszügige Rheinpromenade in Basel. Foto Keystone

Esther erzählt von einer Woche, die sie mit Freundinnen aus dem YWCA verbracht hat. Alle Teilnehmerinnen zeigten Fotos von ihren Enkeln und Urenkeln. «Ich selbst habe keine. Habe ich mein Leben verpasst? Wie auch immer, wenn es einen Moment gibt, in dem ich mich einsam fühlen kann, ist es so einer», sagt sie. Gleichzeitig freut sie sich über den Lärm der drei Kinder, die sich gerade über ihrer Wohnung austoben. Im Erdgeschoss ihres Wohnhauses befindet sich das Restaurant HuefyseBar, ein beliebter Treffpunkt für Singles aus dem Quartier. Männer und Frauen trinken hier ihr Bier, ab und zu gehen einige auf die Terrasse, um eine zu rauchen.





Esther Jeanine Zehntner in ihrer Basler Wohnung. Immer lebte sie alleine. Und heute sagt sie ohne zu zögern: «Ich lebe gut.»
Foto Stéphane Herzog

Nebenan im Ahornträff nutzt einer der Stammgäste einen Bistrotisch zum Arbeiten. Esther isst manchmal mit ihm zusammen. Die sozial engagierte Frau wohnt seit sechs Jahren hier, nachdem sie den grössten Teil ihres Lebens im Iselin-Quartier verbracht hat, in einem Haus, das ihr Grossvater 1902 baute. Sie pflegt nach wie vor Kontakt zu ihren ehemaligen Nachbarn.

Behörden sind alarmiert

In Basel-Stadt ist der Anteil der Single-Haushalte von 21 % im Jahr 1960 auf rund 45 % im Jahr 1990 gestiegen. Bis 2050 wird er voraussichtlich auf über 50 % klettern. «Soziale Isolation kann man messen, aber Einsamkeit lässt sich nur schwer quantifizieren», gibt Lukas Ott, Leiter der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt, zu bedenken. Ott ist für die Umsetzung eines Programms verantwortlich, das auf ein Postulat zurückgeht. Der SP-Politiker Pascal Pfister hat es 2023 im Parlament eingereicht. Der Massnahmenplan sieht 150 000 Franken für Projekte vor, die ab 2025 von Freiwilligen getragen werden sollen, sowie eine Strategie zur Bekämpfung der Einsamkeit. «Die Stadt muss neue Möglichkeiten des Zusammenseins schaffen», betont Ott auch mit Blick auf die hohe Zahl von Senioren, Spitälern und Pflegeheimen im Stadtkanton.

2023 hat der Kanton Basel-Stadt allen allein lebenden älteren Menschen einen Brief geschickt. Darin sind zwei Telefonnummern aufgeführt: eine für die Anlaufstelle «Info älter werden», die Informationen zu Angeboten und Organisationen für Seniorinnen und Senioren vermittelt, eine für «Mein Ohr für dich», ein Alltagstelefon für einsame Menschen. Einsamkeit trifft nicht nur Senioren.



Höher, weiter, schneller, schöner? Auf der Suche nach den etwas anderen Schweizer Rekorden.

Heute: Basel, die Stadt mit dem schweizweit höchsten Anteil an Einpersonenhaushalten.

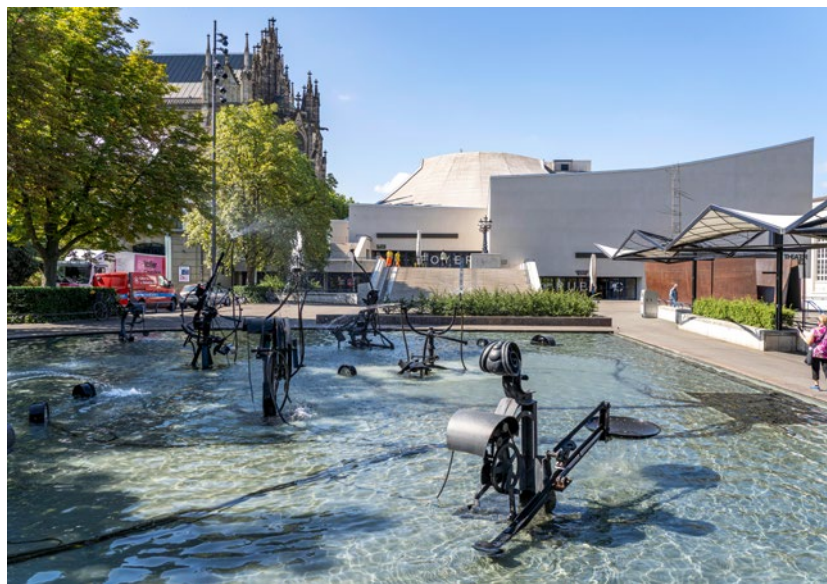
Ein stilles Zuhause, eine belebte Umgebung: Geräuschvoll und in Bewegung ist selbst der Tinguely-Brunnen auf dem Theaterplatz in Basel.
Foto Keystone

In Basel-Stadt leben in einem Drittel der Single-Haushalte Menschen zwischen 20 und 40 Jahren. Lukas Ott sagt, dass junge Menschen in einer mobileren Welt, in der sich das Leben zum Teil online abspielt, zwar mehr Beziehungen knüpften als früher. Diese seien aber fragiler, sagt Ott und betont, dass «die Qualität und Tiefe einer Beziehung entscheidend ist». Soziale Isolation ist ein Tabuthema. «Bei Seniorinnen und Senioren ist dieses Phänomen bekannt. Doch wenn Junge sagen, dass sie sich einsam füh-

len, wird das weniger gut akzeptiert», ergänzt der Abteilungsleiter.

Babyboomer schämen sich

Gottfried* erzählt am Telefon. Der Vater von zwei erwachsenen Kindern lebt seit etwa zehn Jahren von seiner Frau getrennt. Der 60-Jährige kommt aus dem Kulturbereich und musste sich nach der Zeit von Covid-19, in der viele Selbstständige ihre Jobs verloren, neu erfinden. Er spricht offen über seine Einsamkeit und sein Umfeld, in dem viele Freunde und Bekannte geschieden sind. Die Lebensbedingungen der Babyboomer haben sich verschlechtert, sogar Menschen mit hohem Bildungsstand sind plötzlich auf Sozialhilfe angewiesen. «In meinem Alter ist man nicht gerne Single», sagt Gottfried. Seine Altersgenossen hätten aber zwei auf den ersten Blick sich zuwiderlaufende Wünsche: Einerseits wollten sie nicht allein sein, andererseits aber ihre Unabhängigkeit und ihren hohen Lebensstandard bewahren. «So bleibt jeder an seinem einsamen Ort. Die Leute meinen, dass das Leben für immer



weitergeht.» Gottfried ist ein Genussmensch, und er findet, dass die Beziehungen zwischen Männern und Frauen schwieriger geworden sind. «Ich traue mich nicht mehr, eine mir unbekannte Frau anzusprechen oder sie auch nur schon richtig anzuschauen», sagt er. Es gibt nicht viele Möglichkeiten für 60-Jährige, sich zu treffen, wobei Tinder mittlerweile einen Teil davon abdeckt. Gottfried kennt «viele Frauen, die ein Profil auf dieser Plattform haben. Im wirklichen Leben würde ich aber nie mit ihnen über das Tabuthema Einsamkeit sprechen», sagt er.

Alles in allem findet er, dass sich sein Leben ohne Partnerschaft verschlechtert hat. «Zu zweit konnten

Einsamkeit trifft nicht nur Senioren: In Basel-Stadt leben in einem Drittel der Single-Haushalte Menschen zwischen 20 und 40 Jahren.

wir Probleme miteinander teilen und besprechen.» So träumt er von einer neuen Liebesbeziehung in einer Lebensphase, in der der Körper schwächer wird und die Eltern sterben.

Alleinstehende Frauen zuerst

In Basel leben rund 75% der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger allein oder in einer Institution, wie das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt mitteilt. Die Zahl der Einpersonenhaushalte nimmt zu, auch bei den Jüngeren. In Basel-Stadt verlässt zudem ein Teil der Familien mit Kindern die Stadt, um in eine ruhigere Umgebung zu ziehen. «Der Kanton fördert Infrastrukturen und



Leben viele alleine, werden Begegnungen draussen im öffentlichen Raum wichtig, wie hier im belebten Kulturzentrum Kaserne Basel.
Foto Keystone

Angebote, die auf dieses Publikum zugeschnitten sind», sagt Melanie Imhof, Sprecherin des Präsidialdepartements. Professor Luca Pattaroni vom Labor für Stadtsoziologie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (EPFL) erklärt: «Viele gut ausgebildete Frauen zögern den Zeitpunkt für ein Leben zu zweit hinaus.» Die Immobilienbranche reagiert auf diese Bedürfnisse, indem sie «CoLiving»-Bereiche wie Einpersonenzimmer in Gebäuden mit Gemeinschaftseinrichtungen schafft. Thomas Pfluger ist Leiter von «connect!», einem nationalen Programm zur Bekämpfung der Einsamkeit. Er sagt: «Wenn in der Stadt voneinander getrennte Wohnungen ohne Räume für Begegnungen gebaut werden, schränkt dies die Kontaktmöglichkei-

ten noch weiter ein.» Luca Pattaroni nennt das Beispiel der Genossenschaften, die Gemeinschaftsräume in ihren Gebäuden schaffen, sowie Orte des Zusammenlebens wie die sogenannten Cluster. Das sind Wohnungen, in denen ausgestattete Studios um Gemeinschaftsräume herum gruppiert werden. «Einsamkeit kann in die Depression führen. Sie steht im Fokus unserer Sorge um die psychische Gesundheit», ergänzt der Professor der EPFL. Ist Basel die Schweizer Hauptstadt der Einsamkeit? «Die Baslerinnen und Basler bezeichnen sich selbst als ein Volk der Tradition und der Begegnung», sagt Thomas Pfluger und verweist auf den Erfolg der Fasnacht und der Herbstmesse.

*Vorname der Redaktion bekannt

Er behauptete, dass bis vor 2500 Jahren die Frauen die Welt regiert hätten

Mit seinem «Mutterrecht» schuf der Basler Aristokrat Johann Jakob Bachofen ein Buch, das die Geschlechterdiskussion auf Jahrzehnte hinaus prägte.



Johann Jakob
Bachofen
(1815–1887)

CHARLES LINSMAYER

Er gehörte fraglos zu den Grossen der Schweizer Literatur, heute aber ist er so gut wie vergessen: Johann Jakob Bachofen, Verfasser von «Das Mutterrecht. Eine Untersuchung über die Gynaikokratie der alten Welt nach ihrer religiösen und rechtlichen Natur».

Zwar ist die These, dass der Mann keineswegs seit jeher die Oberhand in Staat und Familie besessen, sondern sich erst vor etwa 2500 Jahren von der Herrschaft der Frau emanzipiert habe, längst unhaltbar geworden. Und doch hat die 1861 erschienene Abhandlung, in der Bachofen die Periode der Frauenherrschaft anhand von antiken Texten und Grabsymbolen zu dokumentieren suchte, erstaunlich lange nachgewirkt.

Verstoss gegen das Mutterrecht

Das Buch, das die Ehe zu einem Verstoss gegen ein im Mutterrecht verankertes Religionsgebot erklärt, verkündet: «Nicht, um in den Armen eines Einzelnen zu verwelken, wird das Weib von der Natur mit allen Reizen, über welche es gebietet, ausgestattet.» Damit hat es nicht bloss der monogamen patriarchalischen Familie den Nimbus der einzig denkbaren gottgewollten Einrichtung genommen – und der Frauenemanzipation Argumente geliefert. Es hat auch neue, umfassendere Möglichkeiten im Umgang mit der Vergangenheit getestet.

Andererseits aber legt das «Mutterrecht», das gelegentlich einer schwärmerischen, gefühlvollen Frauenverehrung gleicht, die Frau auch sehr einseitig auf ihre Mutterrolle fest. Das dürfte heute bei den unmittelbar Betroffenen alles andere als Begeisterung auslösen. Und auch bei Bachofen selbst war diese Lesart weniger rational denn emotional und vielleicht sogar biografisch motiviert.

Spross einer der reichsten Basler Familien, stand der am 22. Dezember 1815 geborene, leicht kauzige, ungeheuer belesene und unendlich fleissige Basler Rechtsprofessor, Richter und Privatgelehrte nämlich unge-

«Das Bienenleben zeigt uns die Gynaikokratie in ihrer klarsten und reinsten Gestalt. Jeder Stock hat eine Königin. Sie ist die Mutter des ganzen Stammes. Neben ihr steht eine Mehrzahl männlicher Drohnen. Diese sind zu keinem anderen Geschäfte bestimmt als zu dem der Befruchtung. Sie arbeiten nicht und werden darum, wenn sie die Bestimmung ihrer Existenz erfüllt haben, von den weiblichen Arbeitsbienen getötet. So stammen alle Glieder des Stocks von einer Mutter, aber von einer grösseren Anzahl Väter. An diese knüpft sie keine Liebe, kein Band der Anhänglichkeit. Durch die Befruchtung der Mutter haben die Väter ihren Beruf erfüllt und werden nun dem Untergang geweiht.»

Aus J.J. Bachofen: «Das Mutterrecht», Suhrkamp-Taschenbuch Nr. 135

wöhnlich lange unter dem bestimmenden Einfluss seiner Mutter Valeria, einer starken, dominanten Persönlichkeit aus dem Geschlecht der Merian. Eine Konstellation, die sich nicht änderte, als der Fünfzigjährige 1865 die neunzehnjährige Elisabeth Burckhardt heiratete und mit ihr einen Hausstand gründete, den er, wie er selbst es formulierte, «nach imperialistischen Grundsätzen» leitete.

Bachofens «Mutterrecht», das «dem Andenken meiner Mutter, Frau Valeria Bachofen-Merian» gewidmet ist, war ein wechselvolles Schicksal beschieden. Von den Zeitgenossen ignoriert oder als Hokuspokus verlacht, wurde es um 1920 durch Ludwig Klages und Carl Albrecht Bernoulli zu Weltruhm gebracht, bis dann die Ethnologie die zentralen Thesen als irrig entlarvte.

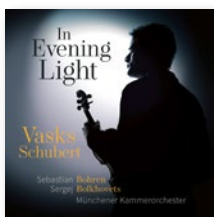
Die zwischen 1943 und 1967 erschienene Bachofen-Werkausgabe brachte jedoch Sensationelles zutage: Zehn Jahre nach Vollendung des «Mutterrechts» hatte der Verfasser selbst seine Erkenntnisse anhand sämtlicher damals verfügbarer ethnologischer Forschungsergebnisse zu überprüfen und zu relativieren begonnen! Das eisige Schweigen, dem seine Arbeit in seiner Heimatstadt und in wissenschaftlichen Fachkreisen begegnete, liess ihn jedoch nach der Publikation von zwei bescheiden als «Antiquarische Briefe» betitelten Teilbänden endgültig resignieren. Als er am 25. November 1887 mit 72 Jahren starb, erschien ein einziger wissenschaftlicher Nekrolog: in russischer Sprache, in einer Pariser Exilzeitschrift ...

BIBLIOGRAFIE: Jakob Bachofens «Mutterrecht» ist als Suhrkamp-Taschenbuch Nr. 135 lieferbar.

CHARLES LINSMAYER IST LITERATURWISSENSCHAFTLER UND JOURNALIST IN ZÜRICH

Der Geiger, der Weltstadtluft in eine aargauische Kleinstadt bringt

Der Geiger und Festivalleiter Sebastian Bohren sorgt in der Welt und in seiner Heimat für Furore. Er leitet in Brugg eine Konzertreihe sowie ein Klassikfestival und denkt, dass die Zeit reif ist für einen Aargauer Konzertsaal.



BOHREN/MÜNCHNER
KAMMERORCHESTER:
«In Evening Light»
Vasko und Schubert,
Avie 2024.

Geht es um Kultur, ist der Aargau der am meisten unterschätzte Schweizer Kanton. Die Klassikfreunde etwa haben ein so reiches Angebot, dass man sich bald fragen muss, ob da nicht die Politik eingreifen und den einzelnen Institutionen in Olsberg, Boswil, Muri, Wettingen, Seon oder wo sie alle noch sind, eine Richtung vorgeben müsste. Zumal eben in Brugg der Geiger Sebastian Bohren einen weiteren Hotspot geschaffen hat.

Bohren ist ein Geiger, der längst internationale Erfolge feiert und vor Kurzem mit der Aufnahme «In Evening Light» famose Kritiken erhielt. In «In Evening Light» widmet er sich zwei Werken des Letten Peteris Vasko (1946). Im 2. Violinkonzert, eine Weltersteinspielung, entfacht er gleissend sehnsüchtige, bald aggressive Klänge. In einer Meditation macht er träumen.

Das Geiger-Fachmagazin «Strad» schrieb denn auch, dass sich Bohren als idealer Champion zeige: «Die langen, aufsteigenden Linien werden liebevoll ausgehalten, und sein Ton, obwohl luzide, lässt auch Melancholie und Unsicherheit zu. Auch an Kraft mangelt es nicht, nicht zuletzt in den drei Kadenzen, die mit Doppel- und Dreifachgriffen gespickt sind.»

Bohren träumt nicht nur von ungemein hohen Zielen, sondern ist daran, sie zu verwirklichen: Er will nach ganz oben. Und somit handelt er prächtigerweise sehr unschweizerisch. Doch siehe da: Er wurde der präsenteste und beste Schweizer Geiger dieser Jahre. Seine Konzertreihe und sein Festival sind ein Schritt auf dem Weg dahin.

Bohren sagt auf die besorgte Frage, wie viele Klassikfestivals man dem Aargau zumuten könne, keck, cool und trocken: «Survival of the fittest. Konkurrenz belebt das Geschäft und macht hoffentlich alle besser.» Er bewundert die Reihe Seetal-Classics, die Tonhalle-Orchester-Zürich-Cellist Benjamin Nyffenegger mit enormem Engagement wieder zum Leben erweckt habe, aber fürchtet sie nicht. «Numa Bischof, Intendant des Luzerner Sinfonieorchesters, hat einmal gesagt, man müsse auch positiv sehen, dass Dinge, Festivals, zu Ende gehen und neue Sachen entstehen. Es muss nicht alles für immer sein.»

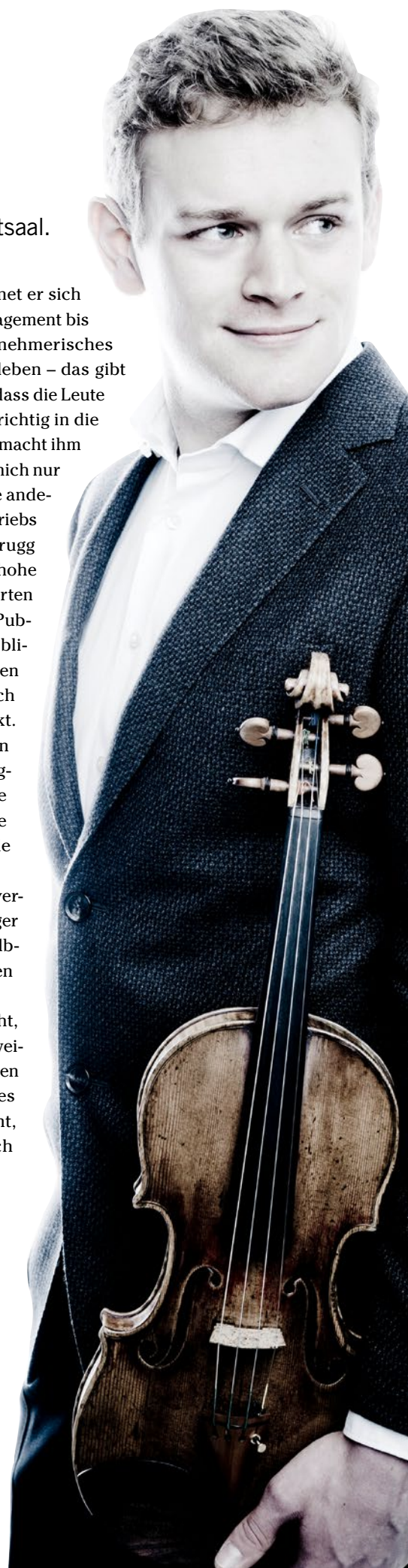
Bohren scheut keinen «Gegner». Sein Festival beginnt jeweils Anfang September, ausgerechnet dann, wenn die Schweiz ans Lucerne Festival pilgert. Doch verrückt ist

Bohren nicht, viel eher bezeichnet er sich als «wagemutig»: «Extremes Engagement bis in die Zehenspitzen und unternehmerisches Flair lassen mich jedenfalls aufleben – das gibt mir Energie.» Und die Tatsache, dass die Leute erst Anfang Oktober wieder so richtig in die Konzerte und in die Oper gehen, macht ihm wenig Sorgen. «Ich interessiere mich nur bedingt für die Erfahrungswerte anderer Festivals und des Konzertbetriebs im Allgemeinen: Wir bauen in Brugg seit Jahren über eine möglichst hohe Identifikation mit unseren Konzerten und den Künstlern ein eigenes Publikum auf. Dass das Stammpublikum mittlerweile aus dem ganzen Kanton und darüber hinaus nach Brugg kommt, ist ein Nebeneffekt. Ich glaube, dass die Substanz in einem Publikum nur sehr langfristig wachsen kann, dass die Wiederholung, die entstehende Tradition eine ganz grosse Rolle spielt.»

Der Termin passt. Punkt. Er verhindert höchstens, dass der Geiger mit Frau und seinem zweieinhalbjährigen Sohn keine entspannten Sommerferien geniessen kann.

Bohren scheut sich auch nicht, auf ein Aargauer Manko hinzuweisen: Auf einen fehlenden modernen Konzertsaal. Missstand will er es zwar nicht nennen, aber er meint, dass es tatsächlich realistisch

Er mischt mit fast unschweizerisch wirkendem, keckem Auftritt und seinem Selbstvertrauen die Klassikszene auf: Geiger Sebastian Bohren, der Treiber hinter dem Brugger Festival. Foto Marco Borggreve, Utrecht



Über alle Grenzen

und möglich wäre, in Brugg einen Konzertsaal für klassische Musik mit herausragender Akustik und einer angemessenen Infrastruktur zu bauen. Typisch Bohren, der nicht einfach nur beim Subventionsgeber die hohle Hand machen will, sagt er: «Öffentliche Hand und private Geldgeber müssen im richtigen Gleichgewicht und mit der richtigen Aufgabenteilung involviert sein.»

Für Bohren ist klar, dass solche Grossprojekte nicht einfach so kommen, sondern allein von der Überzeugungskraft und vom Durchhaltewillen einzelner Personen abhängen: «Während Jahren muss man bereit sein, enorme Widerstände zu überwinden.» Der «Geiger Bohren» zögert, aber kaum den Satz gesagt, glänzen seine Augen schon, dann fügt er nämlich an: «Wir müssen uns überlegen, wie der Kanton Aargau in 50 Jahren sein wird. Und da spüre ich enormes Potenzial.»

In Brugg haben sie gemerkt, was sie an diesem Künstler haben. Am 1. August hielt Bohren sogar die Festrede an der Bundesfeier. So verwundert es nicht, dass er diese Kleinstadt weiterhin beflügeln und auf der kulturellen Landkarte stärken will. Das heisst, dass Bohren zwar weiterhin versucht, mit unternehmerischem Ansatz möglichst effizient viel zu bewegen. Aber eben: Er braucht auch Geld vom Kanton. Und bei diesem Thema setzt sich eine grosse Sorgenfalte auf die Geigerstirn.

Dass er die Leute bewegt, hat er gezeigt. Und so will er das Brugg-Festival so sehr wachsen lassen, dass es eines Tages zu den führenden Schweizer Festivals gehört. Das sind keine Töne, wie sie Schweizer gewöhnlich aussprechen – aber sie tun der lokalen und der nationalen Kultur gut.

CHRISTIAN BERZINS

Das Brugg-Festival 2025 findet Anfang September 2025 statt, das Programm erscheint später.

www.sebastianbohren.ch
www.strettaconcerts.com



THOMAS STRÄSSLE:
«Fluchtnovelle»
Suhrkamp, Berlin 2024.
124 Seiten. CHF 26.90

Der Trick ist verblüffend. Anstatt verbotenerweise aus der DDR zu fliehen, würde die junge Frau ganz legal mit einem Pass am Prager Flughafen ausreisen. So hat es sich der junge Mann in der «Fluchtnovelle» von Thomas Strässle gedacht. Dieser erzählt darin die abenteuerliche Geschichte seiner Eltern. 1965 lernten sie sich in Erfurt kennen und verliebten sich ineinander. Für solche Beziehungen hatte die DDR aber kein Gehör. Deshalb begannen die beiden über eine Flucht nachzudenken. Vor allem für die Frau stand bei einem Misslingen viel auf dem Spiel. Doch der Mann aus der Schweiz hatte eine Idee, die sich zum konkreten Plan verfestigte. Mit strategischer Präzision kundschaftete er jeden Schritt aus und fälschte mit Engelsgeduld Pass und Stempel. Doch am Tag der Entscheidung war unversehens etwas anders: Die Stempelfarbe war von Grün auf Rot gewechselt. Die getarnte Flucht drohte zu scheitern, nur eine spontane Idee rettete das Unterfangen. Liebe überwindet Grenzen selbst da, wo sich zwei eigentlich gar nicht so richtig kennen.

Schon in den 1970er-Jahren war der Schriftsteller Hermann Burger auf diesen Stoff gestossen. Er führte mit den beiden Flüchtlingen ein Gespräch, das er auf Kassette aufnahm, um darüber einen letztlich unausgeführten Text mit dem Titel «Fluchtliebe» zu schreiben. Auf diese Aufnahme konnte Strässle zurückgreifen, als er selbst auf die Geschichte aufmerksam wurde und sie zu recherchieren begann.

Um eine Novelle im strengen Sinn handelt es sich bei seinem Buch nicht. Im Titel klingt auch die Gesetzesnovelle an, die das Handeln der beiden Liebenden trennt. Strässle zitiert immer wieder aus den juristischen Bestimmungen der Schweiz (zur Passfälschung) und der DDR (zur Republikflucht). Er arbeitet den familiären Stoff mit vielfältigen formalen Mitteln auf. Dokumentarische Passagen wechseln mit Gesprächsszenen zwischen «Er» und «Sie». Eine Besichtigung an den Orten Ort des Geschehens ergänzt die literarische Nachempfindung.

Die Spannung der «Fluchtnovelle» liegt weniger darin, ob der Coup gelingt – er tat es offensichtlich, wie der in der Schweiz geborene Sohn beweist –, sondern auf welche Weise er funktioniert. So stellt das schmale Buch die familiäre Erfahrung in einen grösseren politischen Kontext und erinnert an eine Zeit, in der Europa schmerzvoll getrennt war.

BEAT MAZENAUER

Unterschriften-Betrug schockiert die Schweiz

Um Abstimmungen herbeizuführen, sind mutmasslich Tausende Unterschriften gefälscht worden. Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen kommerzielle Sammler. Der Skandal erschüttert das Vertrauen in die direkte Demokratie – und verschafft dem E-Collecting Auftrieb.

EVELINE RUTZ

Das Ausmass ist erschreckend. Es geht nicht um einzelne gefälschte Unterschriften. Es geht um ganze Unterschriftenbögen, die mutmasslich manipuliert wurden. Und um Volksinitiativen, die offenbar nur dank illegaler Geschäftspraktiken zustande gekommen sind. Und somit um Abstimmungen, die nie hätten stattfinden sollen. Es bestehe der Verdacht auf Unterschriftenfälschung «im grossen Stil», schrieb der «Tages-Anzeiger» im September 2024. Am Pranger stehen Firmen, die kommerziell Unterschriften sammeln. Solche professionelle Sammler kommen vor allem dann zum Zug, wenn Pläne für ein Volksbegehren zu scheitern drohen, wenn Komitees also Mühe haben, in kurzer Frist die nötigen 50 000 oder 100 000 Unterschriften zusammenzutragen.

Professionelle Hilfe in Anspruch nahmen Anfang 2023 beispielsweise auch die Initiantinnen und Initianten, die vorschlugen, einen Service Citoyen, einen Gemeinschaftsdienst für alle, zu schaffen. Sie engagierten Incop, einen Anbieter aus Lausanne. Er sollte innerhalb eines Monats 10 000 Unterschriften sammeln und dafür mit 4.50 Franken pro Unterschrift entschädigt werden. Das Komitee wurde allerdings enttäuscht: Ein grosser Teil der Unterschriften erwies sich als ungültig. Pro Gemeinde mussten 35 bis 90 Prozent aussortiert werden. Normalerweise bewegt sich die Quote ungültiger Unterschriften um die zehn Prozent.

Systematisch und im grossen Stil manipuliert

«Am Anfang dachten wir, da habe ein einzelner Sammler oder eine einzelne Sammlerin betrogen», sagte Noémie Roten, Co-Präsidentin der Initiative,



dem «Tages-Anzeiger». Mit der Zeit hätten sich jedoch Muster erkennen lassen, die auf einen systematischen Betrug hindeuteten. Oft waren Namen und Adressen zwar korrekt – sie liessen sich an Briefkästen ablesen –, aber die Geburtsdaten stimmten nicht. Einzelne Personen waren bis zu fünfmal und mit unterschiedlichen Handschriften eingetragen. Im Juni 2023 reichte das Komitee deshalb bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige ein. Inzwischen zeigt sich, dass hier kein Einzelfall vorliegt: «Auch bei zahlreichen anderen Initiativen und Referenden sind Unterschriften im grossen Stil erfunden, gefälscht oder kopiert worden».



Auf der Strasse Unterschriften für ein Volksbegehren zu sammeln, ist harte Knochenarbeit. Im Bild: Aktivistinnen der 2018 an der Urne gescheiterten Fair-Food-Initiative unterwegs in Lausanne. Foto Keystone

Noémie Roten zählt zu jenen, die den Stein ins Rollen brachte. Ihr Komitee reichte 2023 wegen Betrugsverdacht Strafanzeige ein. Foto Keystone

In den letzten Jahren ist es offenbar zu einem lukrativen Geschäft geworden, Unterschriften zu beschaffen. Vor der Pandemie lagen die Preise zwischen 1.50 und 2.50 Franken. Inzwischen werden bis 7.50 Franken pro Unterschrift bezahlt. Die engagierten Sammlerinnen und Sammler erhalten davon allerdings nur einen Bruchteil.

Insider kritisiert Zuwarten der Behörden

2019 wurden die Behörden erstmals auf mögliche Betrugsfälle aufmerksam. Das Phänomen tauchte zuerst in der Romandie auf, wo mehrere Anbieter angesiedelt sind. Der Kanton Waadt vernetzte sich deshalb mit weiteren Westschweizer Kantonen und wandte sich an die Bundeskanzlei (BK). Neuenburg beschloss 2021, kommerzielles Sammeln zu verbieten. Nach der Pandemie wurden der BK immer häufiger Unregelmässigkeiten gemeldet – vermehrt auch aus der Deutschschweiz.

Der Unterschriften-Betrug tangiert zentrale Instrumente der politischen Mitsprache. Entsprechend heftig fallen die Reaktionen aus. Von «einem demokratiepolitischen Erdbeben» und einem «massiven Vertrauensverlust» ist die Rede. «Die Dimensionen sind erschreckend», sagt Daniel Graf von der Stiftung für direkte Demokra-



Daniel Graf von der Stiftung für direkte Demokratie lobt das couragierte Handeln des Service-Citoyen-Komitees. Damit sei die Problematik auf die politische Agenda gelangt. Foto Keystone

tie. Es habe schon mehrere Jahre lang Hinweise auf Manipulationen durch kommerzielle Firmen gegeben. «Ich bin aber von Einzelfällen ausgegangen, die – wenn nötig – strafrechtlich verfolgt werden.» Doch die kantonalen Amtsstellen und die BK hätten es verpasst, Missbrauch frühzeitig und wirksam zu bekämpfen.

Es sind keine Resultate gefälscht worden

Den angeklagten Geschäftsleuten wird Wahlfälschung vorgeworfen. Das Vergehen gilt als gravierend und kann mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren geahndet werden. In den vorliegenden Fällen geht es wohlgerne nicht um fehlerhafte Ergebnisse. Es ist zwar möglich, dass Volksbegehren zur Abstimmung gelangten, die unrechtmässig zustande gekommen sind. Das letzte Wort hatte aber stets das Stimmvolk. «Es ist keine Vorlage angenommen worden, die man eigentlich ablehnen wollte», sagt Politikwissenschaftler Michael Hermann. Es seien keine Wahl- oder Abstimmungszettel manipuliert und damit Resultate verfälscht wor-

Zwei Wege zu einem Volksentscheid

In der Schweiz kann man auf zwei Wegen eine landesweite Abstimmung herbeiführen. Entweder mit einer Volksinitiative oder mit einem Referendum. Eine Volksinitiative lanciert, wer eine neue Idee in der Verfassung verankern möchte. Dazu müssen innerhalb von 18 Monaten 100 000 gültige Unterschriften von Stimmberechtigten zusammengetragen werden. Gelingt dies, kommt es zu einer Volksabstimmung. Ein Referendum ergreift, wer einen Entscheid des Parlaments korrigieren oder aufheben möchte. So lässt sich ebenfalls eine Volksabstimmung erzwingen. Nötig sind dazu 50 000 Unterschriften, gesammelt innerhalb von 100 Tagen. (ERU)

den. «Ein solcher Betrug wäre deutlich gravierender.»

Das jetzige System begünstige betrügerisches Verhalten, sagt Rahel Estermann, Generalsekretärin der Grünen Schweiz. «Wenn man pro Unterschrift bezahlt wird, ist der Anreiz zu fälschen hoch». Wer Namen von Briefkästen abschreibe, verdiene in wenigen Minuten viel Geld. «Das ist problematisch – und könnte beispielsweise mit einem Stundenlohn geändert werden.» Unter den publik gewordenen Verfehlungen hätten nun ausgerechnet jene zu leiden, die sich freiwillig engagierten. Auf der Strasse schlage ihnen nun häufiger Misstrauen entgegen. «Wenn man früher 20 bis 30 Unterschriften pro Stunde gesammelt hat, sind es jetzt noch etwa 10 bis 15 Stück.» Daniel Graf teilt diese Beobachtung. «Viele Passanten fragen sich, ob sie gerade bei einer engagierten Bürgerin oder einem bezahlten Sammler unterschrieben haben – und was dann mit ihren Daten

passiert.» Weil die gesetzliche Handhabe fehle, um Missbräuche wirksam zu bekämpfen, müsse die Kommerzialisierung mit einem Verbot gestoppt werden. «Wir sollten nicht vergessen, was unsere direkte Demokratie stark macht: freiwilliges Engagement.»

Selbstregulierung statt Gesetze

Die Politik hat ein Verbot bislang abgelehnt. Handeln will die Bundeskanzlei. Sie will das Monitoring und die Kontrolle verstärken, setzt auf Selbstregulierung und hat einen permanenten Austausch aller Beteiligten initiiert. Bis im Frühling 2025 sollen sie einen Verhaltenskodex erarbeiten. Das Parlament wiederum wird über strengere Vorgaben für kommerzielle Anbieter, ein Verbot und Offenlegungspflichten für Komitees diskutieren.

Parlamentsmitglieder von links bis rechts schlagen zudem vor, einen Pilotbetrieb für E-Collecting zu starten. Dafür soll die Vertrauensinfrastruktur der E-ID genutzt werden, die ab 2025 für Testzwecke zur Verfügung stehen wird. Digitales Sammeln könne die Sicherheit bei der Unterschriftenabgabe substanziell erhöhen, argumentieren Befürworter. «Man könnte die Angaben besser kontrollieren», sagt Amelle Ako von der Bürgerbewegung Campax. Bögen müssten nicht mehr per Post zusammengetragen und aufwändig überprüft werden. Das ganze Verfahren würde vereinfacht, so die Leiterin Kampagnen von Campax. Der Bundesrat hat sich mit den Chancen und Risiken von E-Collecting befasst. Er will beschränkte, praktische Versuche ermöglichen und hat dazu ein Vorprojekt in Auftrag gegeben.

Der Betrugsskandal spielt den Promotoren einer rein digitalen Lösung in die Hände. «E-Collecting kann das Vertrauen in die Wahrnehmung der politischen Rechte wiederherstellen», sagt sie.

Früher gute Botschafter, jetzt plötzlich Schmarotzer?

Auslandsschweizer:innen haben in den letzten Monaten entweder Desinteresse erfahren oder Prügel eingesteckt. Verschlechtert sich ihnen gegenüber die Stimmung generell? Manifestiert sich hier gerade ein Liebesentzug? – Die «Schweizer Revue» hat bei Politikerinnen und Politikern, die sich intensiv mit der Fünften Schweiz befassen, nachgefragt.

DENISE LACHAT

Das Traktandum passte denkbar schlecht in die Weihnachtszeit. «Abbau von Leistungen für Auslandsschweizer:innen»: So lautete das Thema der Dezember-Sitzung der Parlamentarischen Gruppe Auslandsschweizer. Statt an das Rascheln von Geschenkpapier denkt man dabei an den Januar mit seinen leeren Kassen und dem nüchternen Speiseplan. Ja, der Bundesrat will schrittweise das Budget abspecken (siehe Seite 9), und er setzt dabei recht unzimperlich auch bei der Fünften Schweiz an. Der Beitrag von knapp 19 Millionen Franken jährlich an das Informationsangebot der SRG für das Ausland? Streichen. Betroffen sind die italienischsprachige Website tvsvizzera.it, die Zusammenarbeit mit den internationalen Fernsehsendern TV5MONDE und 3sat, vor allem aber die zehnsprachige Internetplattform swissinfo.ch, die je zur Hälfte von der SRG und vom Bund finanziert wird. Ohne Bundesbeitrag ist die Plattform kaum überlebensfähig.

Auch auf dem Sparplan des Bundesrats: die Subventionen für Auslandsschweizerbeziehungen und der Beitrag an den Verein «educationsuisse», die Koordinationsstelle der Schweizer-Schulen im Ausland; diese werden vom Bund bisher für rund ein Drittel ihrer Ausgaben unterstützt. Nach einer ersten Subventionskürzung fürs Jahr

2025 muss sich auch die Auslandsschweizer-Organisation (ASO) auf weitere, substantielle Kürzungen von staatlichen Zuwendungen einstellen.

Alarmglocken schrillen

Ausgehend von diesem Gesamtbild hat sich die ASO postwendend mit einem Schreiben beim Bundesrat gegen die Abbaupläne gewehrt. Es geht beim Abbau von Leistungen aber um viel mehr als um das Sparpaket. Tatsächlich häufen sich die Negativbotschaften an Auslandsschweizer:innen. Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (BL, Mitte) ist nicht die Einzige, bei der in den letzten Monaten die Alarmglocken schrillten. Die Stimmung gegenüber der Fünften Schweiz habe sich verschlechtert, das spüre sie «sogar sehr», sagt die langjährige Politikerin. Sie höre immer häufiger Aussagen wie «die sind ja selbst schuld, dass sie ins Ausland gezogen sind». Ins Stimmungsbild passen laut Schneider-Schneiter die Rückmeldungen aus jenen Kantonen, in denen die Fünfte Schweiz nicht an den Ständeratswahlen teilnehmen darf. Sie stelle fest, dass der Wille, das zu ändern, nicht vorhanden sei. Da heisse es etwa, die Ausgewanderten könnten ja in die Schweiz zurückkommen. «Richtig erschrocken» ist die Nationalrätin

Erfährt die Fünfte Schweiz gerade einen Liebesentzug? Das fragen sich – lebhaft diskutierend – am Dezember-Treffen im Bundeshaus in Bern unter anderem Elisabeth Schneider-Schneiter (Mitte), Laurent Wehrli (FDP), Nicolas Walder (Grüne), Alex Farinelli (FDP), Katja Christ (GLP) und SP-Ständerat Carlo Sommaruga (von links nach rechts).
Foto Danielle Liniger



auch über die Ablehnung ihres Postulats für einen besseren Versicherungsschutz in der Krankenkasse. Das Nein sei ein schlechtes Zeichen: «Denn ich bin sicher, es würde unter dem Strich sogar Geld gespart.»

Die genannten Beispiele spiegeln ein Desinteresse an den Anliegen der Auslandschweizer:innen, das die Sankt-Galler Nationalrätin Barbara Gysi (SP) auch in der Bevölkerung feststellt: «Generell würde ich sagen, dass sich die Bevölkerung nicht so viele Gedanken zur Fünften Schweiz macht.»

«Gratis-Bürger»

Desinteresse ist unschön für die Betroffenen. Schwerer wiegt der Vorwurf des Schmarotzertums: Im Abstimmungskampf um die 13. AHV-Rente (siehe «Revue» 3/2024) sprach die «Neue Zürcher Zeitung» von «Gratis-Bürgern», die gerne mehr Rente erhielten, aber im Unterschied zur Bevölkerung in der Schweiz diese Mehrausgaben nicht mittragen. Und flugs wurde die Frage gestellt, ob es eigentlich Sinn mache, dass jemand das Stimmrecht behalte, egal, wie lange er oder sie fern der Heimat lebt.

Sind da also die Landsleute in der Ferne, die sonst so gerne als die guten Botschafter:innen der Schweiz im Ausland gelobt werden, quasi über Nacht zu Profiteuren mutiert? FDP-Nationalrat Laurent Wehrli (VD) ist schockiert über die Vorwürfe. Auch er nimmt eine tendenzielle Verschlechterung der Stimmung gegenüber Auslandschweizer:innen wahr. «Schockierend und erniedrigend» sind die Anwürfe auch in den Augen des grünen Nationalrats Nicolas Walder (GE): «Als ob das Geld, das Schweizer:innen im Ausland ausbezahlt wird, verlorenes Geld wäre!» Er bedauert, dass die SVP ein stark nationalistisches Bild der Staatsbürgerschaft präge. Wer sich auf längere Zeit im Ausland niederlasse, gerate in ein schlechtes Licht.

«Auslandschweizer sind Schweizer»

Dem widerspricht SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor (VS) zumindest aus persönlicher Sicht. Er betont: «Auslandschweizer sind weder schlechte noch halbe Schweizer. Sie sind Schweizer.» Anders als seine Ratskolleg:innen erkennt er keine generelle Verschlechterung der Stimmung gegenüber der Fünften Schweiz. Er warnt aber davor, das Band zwischen den Landsleuten im Inland und jenen im Ausland zu strapazieren. Das wäre für Addor mit den Abbauplänen des Bundes für Swissinfo der Fall. Eine interessante Haltung für jemanden, der sich im Komitee «200 Franken sind genug» engagiert – jener Initiative also, die der SRG die staatlichen Zuwendungen massiv kürzen will. Addor erklärt, dass er eine Beschränkung der SRG auf ihren Grundauftrag fordere. Das Auslandsmandat gehöre zum Grundangebot: «Darum: Hände weg von Swissinfo.»

In einem Punkt sind sich die Befragten einig: Das Bild von den Profiteuren ist in Medienberichten über reiche

Rentner:innen, die sich am Pool unter der Sonne des Südens die Pension aus der Schweiz vergolden, befeuert worden. Barbara Gysi: «Oft wird angenommen, dass Auslandschweizer:innen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ein besseres Leben führen könnten als in der Schweiz. Ausgeblendet wird leider, dass viele, die im Rentenalter auswandern, dies aus finanziellen Nöten tun und ihr ganzes Erwerbsleben lang in unserer Gesellschaft ihren Beitrag geleistet haben.»

Als besonders stossend erachtet sie Vorstösse, die die soziale Absicherung tangieren. Das wäre mit der vom Nationalrat verlangten Abschaffung der Kinderrenten der Fall. Auch in dieser Debatte taucht die Schmarotzer-Etikette auf. Knapp ein Drittel der Kinderrenten flössen ins Ausland, hiess es im Parlament, und der «Tages-Anzeiger» hob hervor, dass Kinderrenten besonders häufig in Thailand, den Philippinen und der Dominikanischen Republik beansprucht würden. Unerwähnt blieb, dass es

Vertiefung – und Debatte

Ausführliche, weiterführende Statements der sechs befragten Politiker:innen zur Stimmungslage gegenüber der Fünften Schweiz sind unter www.revue.link/debatte5 zu finden. Leserinnen und Leser können dort zudem Kommentare zur Debatte abgeben.

dort in absoluten Zahlen nur wenige Väter betrifft und die Ausgaben in der Schweiz jene im Ausland um ein Vielfaches übertreffen.

Elisabeth Schneider-Schneiter schüttelt den Kopf: «Wenn es immer unattraktiver wird, ins Ausland zu gehen, finden Schweizer Firmen im Ausland bald einmal keine Arbeitskräfte aus der Schweiz mehr.» Wirtschaftsvertreter:innen sollten an dieser Thematik interessiert sein, dies wiederhole sie im Ausland bei jeder Gelegenheit.

Der Ausserrhoder FDP-Politiker Andrea Caroni verfolgt seinerseits seit jeher einen kritischen Kurs und hat unter anderem verschiedene Interpellationen zum lebenslangen Stimmrecht eingereicht. Er finde es «nicht normal, dass Personen, die nie in der Schweiz gelebt haben und die auch nicht die Absicht haben zurückzukehren, hier das Stimm- und Wahlrecht haben, während ein bestens in der Schweiz integrierter Ausländer sich nicht zu Entscheiden äussern darf, die ihn direkt betreffen», erklärte er bereits 2019 gegenüber Swissinfo. Zu aktuellen politischen Sachfragen äussert sich Caroni mit Verweis auf eine Tradition in der Schweizer Politik derzeit nicht: Er ist dieses Jahr Präsident des Ständerats – und Ratspräsident:innen stellen ihre politische Haltung vorübergehend etwas in den Hintergrund.

Eidgenössische Finanzkontrolle – im Dienst von Effizienz und Transparenz seit 1877

Die Eidgenössische Finanzkontrolle ist das oberste Finanzaufsichtsorgan der Schweiz mit einer klaren Mission: Als unabhängige Instanz sorgt sie für Transparenz und einen verantwortungsvollen Einsatz unserer Steuergelder. Das ist auch für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer von Belang.

Als oberste und unabhängige Finanzaufsichtsbehörde der Schweiz überwacht die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) den Umgang des Bundes mit Steuergeldern. Sie prüft, ob öffentliche Mittel zweckmässig und wirtschaftlich eingesetzt werden. Dafür muss sie Probleme und Risiken frühzeitig erkennen. Sie gibt in ihren Berichten Empfehlungen zur Steigerung von Effizienz und Wirksamkeit. Fast alle ihre Berichte an Parlament und Bundesrat sind öffentlich zugänglich, wodurch auch die Steuerzahlenden Einblick in die Verwendung ihrer Gelder erhalten. Diese Offenheit soll dazu beitragen, das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen zu stärken.

Die EFK verfügt aktuell über etwa 130 Mitarbeitende und ihr Budget beträgt rund 34 Millionen Franken.

Neue Aufgaben, alte Werte

Seit ihrer Gründung 1877 hat die EFK immer wieder neue Aufgaben übernommen. Ihren Werten ist sie treu geblieben. 2011 ist sie beispielsweise zu einer Anlaufstelle für Whistleblower geworden. Seitdem können Bundesangestellte und Privatpersonen Hinweise auf Unregelmässigkeiten, Korruption oder andere illegale Handlungen anonym bei der EFK melden und sicher abklären lassen.

Seit 2022 ist die EFK auch für die Umsetzung neuer Transparenzregeln zur Politik-



Wie gut sind die Online-Dienstleistungen des EDA? Das prüfte die EFK 2022. Foto Adobe Stock

finanzierung zuständig. Politische Parteien und Akteure müssen ihre Finanzierungsangaben bei der EFK einreichen. Die EFK prüft und veröffentlicht diese Angaben, um die Integrität der Politikfinanzierung zu erhöhen und das Vertrauen in den politischen Prozess zu stärken.

Seit ihrer Gründung 1877 hat die EFK immer wieder neue Aufgaben übernommen. Ihren Werten ist sie treu geblieben.

Die EFK führt jährlich über 150 Prüfungen in einer Vielzahl von Themenbereichen durch. Bei vielen dieser Prüfungen geht sie weit über die Prüfung von Finanzzahlen hinaus. Hier eine Auswahl, welche im Ausland lebende Schweizerinnen und Schweizer besonders interessieren dürfte.

Digitale Brücken zur Heimat schaffen

Ein gutes Aussennetz ist unverzichtbar für die Unterstützung von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern sowie Schweizer Reisenden in Notlagen. 2022 führte die EFK eine Evaluation der konsularischen Dienstleistungen von Schweizer Vertretungen im Ausland durch. Die Ergebnisse zeigten, dass das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) die Qualität seiner Dienstleistungen in den letzten Jahren steigern konnte.

Dennoch waren die konsularischen Dienste durch die grosse Zahl direkter Anfragen stark belastet. Der Online-Schalter des EDA, der zur Vereinfachung der Kommunikation zwischen im Ausland lebenden Schweizer Staatsangehörigen und den Schweizer Vertretungen konzipiert war,

wurde aufgrund seiner geringen Benutzerfreundlichkeit kaum genutzt. Dossiers von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern wurden noch in Papierform aufbewahrt.

Die EFK empfahl vor diesem Hintergrund, die Bemühungen bei der digitalen Transformation zu intensivieren. Als Reaktion darauf hat das EDA seine Online-Dienste erweitert und ausgebaut. Die vollständige Digitalisierung der Dossiers von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern soll voraussichtlich bis Ende 2025 abgeschlossen sein. Dann wird die EFK nachprüfen, welche Verbesserungen tatsächlich umgesetzt wurden.

Verläuft die Auszahlung von Renten ins Ausland korrekt?

Zurzeit werden über die Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS) jährlich rund 1 Million AHV- und IV-Renten mit einer Gesamtsumme von 7,8 Milliarden Franken ins Ausland ausbezahlt. Die EFK untersuchte 2021 die Wirksamkeit der Kontrollmassnahmen der ZAS zur Sicherstellung, dass Renten ausschliesslich an berechnete Personen ausgezahlt werden. Im Ausland lassen sich die inländischen Kontrollen gegen Versicherungsmissbrauch naturgemäss nicht identisch umsetzen. Viele Rentnerinnen und Rentner, die im Aus-

Hohe Bankmargen dürfen Renten nicht schmälern.

land leben, senden als «jährlichen Lebensnachweis» beispielsweise noch beglaubigte Papier-Bestätigungen in die Schweiz zurück.

Die Prüfung der EFK ergab, dass die Kontrollen der ZAS zwar ihren Zweck erfüllen, aber die Instrumente modernisiert werden sollten. 2020 konnte die ZAS ungerechtfertigte Rentenzahlungen in Höhe von rund 74 Millionen Franken zurückfordern. Allerdings



Die Prüfungen betreffen Themen, die für Auslandschweizerinnen und -schweizer von Belang sind. Foto Adobe Stock

sah die EFK Verbesserungspotenziale. Die EFK empfahl der ZAS, Kontrollen effizienter zu machen und Daten besser zu verwerten. Auch sollten digitale Hilfsmittel vermehrt zum Einsatz kommen, um Unstimmigkeiten besser zu erkennen. Zudem sollten Schweizer Rentnerinnen und Rentner im Ausland ihre Angaben in verschiedenen Systemen nicht doppelt erfassen müssen.

Die Vereinbarungen mit den Banken, welche die Rentenzahlungen ins Ausland durchführen, hat die ZAS neu ausgehandelt. Sie traten am 1. Januar 2025 in Kraft. Die EFK hatte nämlich auch festgestellt, dass die Banken zu hohe Margen verlangten, was die ausbezahlten Renten schmälert.

Werden die Schengen-Luftaussen-grenzen ganzheitlich verwaltet?

Seit dem Schengen-Abkommen zwischen der Schweiz und der EU haben sich die Grenzkontrollen grundlegend verändert – weg von systematischen Kontrollen an den Landes-

grenzen, hin zu mehr Mobilität. Dies ist ein Vorteil für viele Reisende und für eine halbe Million Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in Europa. Um gleichzeitig globale Risiken wie organisierte Kriminalität, Terrorismus und illegale Migration effektiv zu bekämpfen, setzen die EU und die Schweiz auf eine bessere Sicherung der Schengen-Aussengrenzen.

2024 hat die EFK die Umsetzung der Strategie zur Sicherung der Schengen-Aussengrenzen an den Schweizer Flughäfen unter die Lupe genommen. Ihr Fazit: Die föderale Struktur mit acht verschiedenen Kontrollbehörden bei Bund und Kantonen erschwert die einheitliche Verwaltung der Aussengrenzen. Niemand verfügte über Kompetenzen zur strategischen Steuerung des Gesamtsystems, auch nicht das Staatssekretariat für Migration. Wichtige Verbesserungsmassnahmen mit allen Beteiligten kamen deshalb nur schleppend voran. Die EFK verlangte von den verantwortlichen Behörden mehr Verbindlichkeit und eine systematische

Überprüfung der Massnahmen. Die EFK wird zu einem späteren Zeitpunkt erneut prüfen, ob die Empfehlungen umgesetzt wurden.

Impulse für eine moderne Bundesverwaltung

Effektive Kontrollen, Transparenz und die Fähigkeit zur Veränderung sind wesentliche Grundpfeiler eines funktionierenden Staatswesens. Die EFK will zur guten Verwaltungsführung und Modernisierung der Bundesverwaltung beitragen, indem sie Schwachstellen identifiziert, Verbesserungsvorschläge unterbreitet und die Umsetzung von Empfehlungen begleitet.

DR. ROGER PFIFFNER,

PRÜFEXPERTE WIRTSCHAFTLICHKEITSPRÜFUNGEN, EFK

Die im Artikel erwähnten Prüfungsberichte sind auf der Website der EFK unter den Nummern 19404 (Schweizer Vertretungen im Ausland), 20419 (ins Ausland gezahlte Renten) und 23231 (integrierte Grenzverwaltung) zu finden: www.efk.admin.ch

Die Schweiz in der Tasche

SwissInTouch.ch
Die App für die
Auslandschweizergemeinschaft



swissintouch.ch

swissintouch.ch



Eidgenössische Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 9. Oktober 2024 beschlossen, dass am 9. Februar 2025 folgende Vorlage zur Abstimmung gelangt:

- Volksinitiative vom 21. Februar 2023 «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)» (BBI 2024 2488)

Alle Informationen zu Abstimmungsvorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates, etc.) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen oder in der App «VoteInfo» der Bundeskanzlei.



Volksinitiativen

Die folgenden eidgenössischen Volksinitiativen wurden bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauf der Sammelfrist in Klammern):

- «Für einen nachhaltigen und zukunftsgerichteten Finanzplatz Schweiz (Finanzplatz-Initiative)» (26. Mai 2026)

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter www.bk.admin.ch/ > Politische Rechte > Volksinitiativen > Hängige Volksinitiativen



Hinweise

Melden Sie Ihrer schweizerischen Vertretung Ihre E-Mail-Adresse(n) und Mobiltelefonnummer(n) und/oder deren Änderungen und registrieren Sie sich im Online-Schalter (Link auf der Homepage des EDA www.eda.admin.ch oder via www.swissabroad.ch), um die gewünschte Zustellung der «Schweizer Revue» und weiterer Publikationen zu wählen. Bei Problemen mit der Anmeldung kontaktieren Sie bitte Ihre Vertretung.

Die aktuelle Ausgabe der «Schweizer Revue» sowie die Nummern ab 2006 können Sie jederzeit über www.revue.ch lesen und/oder ausdrucken. Die «Schweizer Revue» (beziehungsweise die «Gazzetta Svizzera» in Italien) wird elektronisch (via E-Mail und via iOS- und Android-App) oder als Druckausgabe kostenlos allen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern zugestellt, welche bei einer Botschaft oder einem Generalkonsulat registriert sind.

Endspurt vor den Wahlen in den Auslandschweizerrat

Sie wollen per E-Voting an der Wahl des neuen Auslandschweizerrats teilnehmen? Dann müssen Sie sich jetzt vergewissern, ob Botschaft oder Konsulat Ihre aktuelle E-Mail-Adresse registriert haben.

Zwischen dem 11. April und 11. Mai 2025 wird das «Parlament der Fünften Schweiz», der Auslandschweizerrat, neu gewählt. 13 Regionen nehmen dabei am Pilotprojekt «Direktwahlen» teil. Das heisst, dass Schweizerinnen und Schweizer in diesen Regionen per E-Voting ihre Delegierten direkt wählen können.

Durchgeführt wird das Pilotprojekt «Direktwahlen» in den folgenden Ländern und Wahlkreisen: Australien, Deutschland, Iberische Halbinsel (Wahlkreis Spanien und Portugal), Japan, Mexiko, Niederlande, Peru, Singapur, Türkei, USA, Vereinigtes Königreich sowie der Wahlkreis Zentral-West-Südasiens (umfassend die Länder Afghanistan, Armenien, Aserbaidschan, Bahrain, Bangladesch, Bhutan, Georgien, Indien, Iran, Irak, Jordanien, Kasachstan, Kuwait, Libanon, Malediven, Nepal, Oman, Pakistan, die besetzten palästinensischen Gebiete*, Katar, Saudi-Arabien, Sri Lanka, Syrien, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Jemen).

Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die wählen wollen und in einem der obgenannten Länder leben, sollten sich vergewissern, dass sie bei der zuständigen Schweizer Vertretung, Botschaft oder dem Konsulat, registriert sind. Weiter sollten sie sich vergewissern, dass dort ihre aktuelle E-Mail-Adresse hinterlegt ist.

Möglich ist dies direkt über den EDA-Online-Schalter oder via E-Mail an die zuständige Schweizer Vertretung. Wer nur eine E-Mail-Adresse pro Haushalt angegeben hat, kann dies noch ändern. Pro

E-Mail-Adresse kann nämlich nur eine Stimme abgegeben werden. Abgestimmt werden kann zwischen dem 11. April und 11. Mai 2025. Die dazu nötigen Instruktionen werden den registrierten Stimmberechtigten per E-Mail zugestellt.

Zu guter Letzt: Wer nicht nur wählen will, sondern selber kandidieren möchte, sollte den Wahlkoordinator des eigenen Wahlkreises möglichst rasch kontaktieren.

Die offizielle Wahlwebsite: www.swisscommunity.org/de/elections/

ANDREAS FELLER,
MITGLIED ARBEITSGRUPPE DIREKTWAHLEN

*Präzisierung zu «Palästina»

In der Ausgabe 5/2024 wurde erwähnt, dass auch Schweizerinnen und Schweizer, die in «Palästina» leben, am E-Voting-Versuch teilnehmen können. Dies hat Teile der «Revue»-Leserschaft verwundert – und auch verärgert, denn weder umschreibt Palästina ein genaues geografisches Gebiet, noch anerkennt die Schweiz die Staatlichkeit von Palästina. Die Formulierung war somit unbedacht, verwirrend und letztlich heikel. Dafür entschuldigt sich die Redaktion. In keiner Weise war eine politische Aussage beabsichtigt. Es ging allein darum, die Wahlrechte der wenigen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer im «besetzten palästinensischen Gebiet» – so die offizielle Umschreibung des EDA – festzuhalten. Gemeint ist damit geografisch das Westjordanland inklusive Ostjerusalem und der Gazastreifen. (MUL)

Die Fünfte Schweiz trifft sich im August 2025 in Bern

Der Auslandschweizer-Kongress entwickelt sich weiter, um den Bedürfnissen der Fünften Schweiz besser gerecht zu werden: Ab 2025 wird das Format des Treffens angepasst, um die Anliegen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer noch besser in den Fokus zu rücken.

2024 hat die Auslandschweizer-Organisation (ASO) ihren 100. Kongress gefeiert, ein historischer Wendepunkt. Ab 2025 wird das Format dieses Treffens neu gedacht. So soll alle vier Jahre in der Hälfte der Legislatur ein Auslandschweizer-Kongress in seinem traditionellen Format stattfinden, um Bilanz zu ziehen und eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Diaspora zu ermöglichen.

Flexible Formel

Zwischen diesen Jahren wird mit den «SwissCommunity Days» ein flexibles und innovatives Format eingeführt. Diese Veranstaltungen werden je nach Priorität ausgerichtet: Mandatsübergabe im Falle einer neuen Legislaturperiode oder reguläre Sitzungen, um aktuelle Themen zu vertiefen.

Damit wird in einer schlankeren Form Raum für Austausch und Zusammenarbeit im Rahmen von Workshops, Networking-Anlässen und Besichtigungen geschaffen. Die Anlässe stehen allen an den Themen interessierten Personen offen.

Sowohl der Kongress als auch die «SwissCommunity Days» finden jeweils in der dritten Augustwoche statt, so dass dieser unverzichtbare Termin fix im Jahreskalender eingetragen werden kann.

Symbolischer Start in Bern

Am 22. und 23. August 2025 fällt in Bern der Startschuss für eine neue Legislatur des Auslandschweizerrats (ASR). Das Treffen wird thematische Workshops und die offizielle Sitzung des ASR miteinander verbinden und gleichzeitig den Austausch zwischen

den Mitgliedern der Diaspora, den Bundesbehörden und den gewählten Vertretern fördern.

Mit dieser Umgestaltung bekräftigt die ASO ihre zentrale Rolle als Vertreterin der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, indem sie die Verbindungen zwischen Tradition und Innovation im Dienst einer dynamischen und vernetzten Gemeinschaft stärkt.

MAYA ROBERT-NICOUD, SWISSCOMMUNITY



Auslandschweizer-Organisation
SwissCommunity
Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz
Telefon +41 31 356 61 17
communication@swisscommunity.org
www.swisscommunity.org



Ferienlager für Kinder: Das Anmeldeportal ist offen!

Jetzt muss es schnell gehen, denn Anmeldungen für die Sommerferienlager der SJAS sind bereits seit einigen Wochen möglich.

In jedem Ferienlager – in typischem Schweizer Lagerhaus – werden die Teilnehmenden rund ums Haus viel spielen und Sport treiben. Immer stehen aber auch zahlreiche Ausflüge an, Städtevisten, Wanderungen, Schwimmbadbesuche und vieles mehr. Jeder Tag ist abwechslungsreich und altersgerecht geplant.

In den sogenannten Swisstrips sind die Teilnehmenden fast jeden Tag unterwegs und reisen somit von Ort zu Ort. Dies kann zu Fuss sein oder via Schiff oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Da die Swisstrip-Lager in den letzten Jahren immer sehr schnell ausgebucht waren, ist für 2025 ein weiterer Swisstrip geplant, um so der grossen Nachfrage besser gerecht zu werden.

Nicht nur einen Rückblick, sondern gleich schon einen Ausblick gibt es zu den Winterferienlagern der SJAS. Mittlerweile sind die Teilnehmenden aus Valbella, Melchtal und der Lenk wieder nach Hause zurückgekehrt und blicken auf eine erlebnisreiche Lagerzeit zurück. Wer die neu geschlossenen Freundschaften aufrechterhalten und seine Ski- und Snowboardskills weiterentwickeln möchte, sollte sich unbedingt den 15. März 2025 fett in die Agenda eintragen. An diesem Tag öffnen wir unser Anmeldeportal für die Wintersaison 2025/2026!

Alle weiteren Informationen und den Zugang zu den Anmeldeportalen sind auf unserer Webseite www.sjas.ch/ferienlager zu finden.

Angebot	Datum	Altersgruppe
Adelboden (BE)	21.6. – 4.7.2025	10 – 14
Swisstrip 1	25.6. – 4.7.2025	12 – 14
Dieni (GR)	5.6. – 18.7.2025	12 – 14
Bellevue (VD)	9.7. – 18.7.2025	8 – 12
Swisstrip 2	9.7. – 18.7.2025	12 – 14
Uster (ZH)	19.7. – 2.8.2025	12 – 14
Bellevue (VD)	19.7. – 2.8.2025	8 – 12
Swisstrip 3	23.7. – 2.8.2025	12 – 14
Fieschertal (VS)	2.7. – 15.8.2025	10 – 14
Swisstrip 4	6.7. – 15.8.2025	12 – 14
Winterferienlager	27.12.2025 – 4.1.2026	10 – 14
Juskila – Lenk (BE)	2.1.2026 – 8.1.2026	13 – 14

Stiftung für junge Auslandschweizer
Fondation pour les enfants suisses à l'étranger
The foundation for young swiss abroad
Fondazione per i giovani svizzeri all'estero

Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS)
Alpenstrasse 24, 3006 Bern, Schweiz
Telefon +41 31 356 61 16 |
info@sjas.ch | www.sjas.ch



Auch für junge Auslandschweizer:innen stellt sich die Frage: Berufslehre, Fachhochschule oder Universität?

Die Schweizer Berufsbildung wie auch die Schweizer Hochschulen geniessen im Ausland einen sehr guten Ruf. Auch jungen Auslandschweizer:innen steht eine Ausbildung in der Schweiz offen. Jetzt ist es Zeit, sich zu bewerben, um im Sommer beziehungsweise im Herbst eine Berufslehre oder einen universitären Studiengang zu beginnen.

> Berufslehre

Nach der obligatorischen Schulzeit, oder manchmal auch nach dem Gymnasium, wählen zwei Drittel aller Jugendlichen in der Schweiz eine Berufslehre. In rund 250 Berufen kann eine drei- beziehungsweise vierjährige Lehre absolviert werden. Die Lernenden arbeiten normalerweise während drei bis vier Tagen in einem privaten oder öffentlichen Betrieb und an ein bis zwei Tagen pro Woche besuchen sie eine Berufsschule. Während der Ausbildung erhalten die Lernenden



Die praxisbezogene Berufslehre ist in der Schweiz populär. Im Bild ein junger Angestellter der Esec Gruppe in Cham (ZG). Foto ZVG

einen kleinen Lohn, der allerdings die Lebenskosten nicht deckt. Für Auslandschweizer:innen ist es möglich, je nach Einkommen und Vermögen der Eltern ein Stipendium zu beantragen. Nach einer abgeschlossenen Berufslehre mit Berufsmatur steht der Weg offen, um ein universitäres Studium an einer Fachhochschule aufzunehmen.

Um eine Lehrstelle zu finden, braucht es viel Eigeninitiative! Die Jugendlichen müssen sich aktiv bewerben. So muss ein Bewerbungsdossier, ähnlich wie bei einer Arbeitssuche, zusammengestellt werden. Viele Lehrverträge werden jetzt abgeschlossen. Für Interessierte ist es also höchste Zeit, sich zu bewerben! Zahlreiche Informationen und freie Lehrstellen finden sich auf der offiziellen Webseite www.berufsberatung.ch.

> Universität und Fachhochschule

Wer im September in der Schweiz ein Studium beginnen möchte, muss sich in der Regel vor Ende April bzw. Ende März anmelden. Für das Medizinstudium läuft die Anmeldefrist Mitte Februar ab. Fachhochschulen können unterschiedliche Anmeldefristen haben. Die Universitäten und die universitären Fachhochschulen bieten dreijährige Bachelor-Studiengänge und darauf aufbauende Master-Studiengänge an. Die Zulassungsbedingungen in ein Bachelor-Studium variieren je nach Herkunftsland des gymnasialen Abschlusses. Abruflbar sind die Zulassungsbedingungen auf www.revue.link/hochschulen. Sehr gute Sprachkenntnisse in der Unterrichtssprache sind ebenfalls eine Voraussetzung. Das Studium an einer Universität ist eher wissenschaftlich und forschungsorientiert ausgerichtet, währenddem das Studium an einer Fachhochschule sehr praxis- und anwendungsorientiert ist. Die Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Zürich (ETHZ) und in Lausanne (EPFL) konzentrieren sich auf die Ingenieur-, Mathematik- und Naturwissenschaften. Können die Eltern der Studierenden nicht vollumfänglich für die Kosten während des Studiums aufkommen, sind kantonale Stipendien möglich.

RUTH VON GUNTEN

educationsuisse bietet jungen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern Beratung rund um das Thema «Ausbildung in der Schweiz».



Educationsuisse
Ausbildung in der Schweiz
Alpenstrasse 26
3006 Bern, Schweiz
Telefon +41 31 356 61 04
info@educationsuisse.ch
www.educationsuisse.ch



Ein Jahr voller Angebote und Events mit dem Jugenddienst

2025 setzt der Jugenddienst der Auslandschweizer Organisation alles daran, bereichernde Erlebnisse in der Schweiz sowie Online-Lernmöglichkeiten zu bieten.

Die Sommerlager bieten Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren die Möglichkeit, ihre Schweizer Wurzeln näher kennenzulernen und gleichzeitig unvergessliche Momente zu erleben:

- 5. Juli – 18. Juli 2025:
«Swiss Challenge», in der ganzen Schweiz
- 19. Juli – 2. August 2025:
Sport- und Freizeitcamp in Sainte-Croix (VD)
- 2. August – 15. August 2025:
Sport- und Freizeitcamp in Sainte-Croix (VD)

Neben den Ferienlagern werden das ganze Jahr 2025 über Webinare zu den Themen der eidgenössischen Volksabstimmungen angeboten. Diese Webinare richten sich speziell – aber nicht ausschliesslich – an junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer:

- 14. Januar 2025:
Abstimmungen vom 9. Februar 2025
- 23. April 2025: Abstimmungen vom 18. Mai 2025
- 2. September 2025:
Abstimmungen vom 28. September 2025
- 4. November 2025:
Abstimmung vom 30. November 2025

Weitere Informationen zu den Angeboten des Jugenddienstes finden sich auf www.swisscommunity.org. Direkter Link zu den Angeboten für Jugendliche: www.revue.link/lager

Für weitere Informationen steht Ihnen der Jugenddienst gerne zur Verfügung.

MARIE BLOCH, ASO-JUGENDDIENST

Auslandschweizer-Organisation SwissCommunity
Jugenddienst

Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz
Telefon +41 31 356 61 24
youth@swisscommunity.org
www.swisscommunity.org



Diskurs: Die neue Atomdebatte «elektrisiert» auch die Fünfte Schweiz

Bundesrat will neue AKW ermöglichen, «Schweizer Revue» 6/2024



URS ALEX SCHUMACHER, PHILIPPINEN

Wie kommen die Wendehälse im Bundesrat dazu, Volksabstimmungen einfach zu ignorieren? Eine sehr gefährliche Tendenz, die vom Parlament unbedingt gestoppt werden muss. In der Schweiz bestimmt immer noch das Volk, beziehungsweise die Mehrheit der Stimmberechtigten.

MARC PETITPIERRE, CHARLES TOWN, USA

Mit Radioaktivität die Emissionen fossiler Brennstoffe zu senken ist lächerlich. Die Verwendung von radioaktivem Material ist von der ersten bis zur letzten Stufe die gefährlichste, ineffizienteste und teuerste Art der Energieerzeugung. Zur Erinnerung: auch auf die Kernspaltung haben sie ein Loblied gesungen ...

JEAN-MARIE BOSSY, CHARDONNAY, FRANKREICH

Die Nutzung von Atomenergie zur Erzeugung von Elektrizität ist nicht nur richtig, sondern auch sinnvoll und sicher. Sicher? Ja, vorausgesetzt, man ist konsequent und baut die Kraftwerke mit angemessener Risikoabsicherung und nicht nach dem Prinzip «Sparen beim Bau, um schnell Gewinne zu erzielen»..

PETER SCHWERZMANN, PATTAYA, THAILAND

Ein Atomkraftwerk ist gar nicht versicherbar, aber trotzdem werden sie betrieben. Schäden im Falle eines schweren Unfalls sind nicht

abgedeckt. Der Betreiber schöpft den Gewinn ab und der Rest, wie auch die Endlagerung atomarer Abfälle, tragen zukünftige Generationen. Wirtschaftlich attraktiv wird ein AKW erst, wenn ein grosser Teil der Kosten durch Steuerzahler getragen wird. Die Kosten und die Probleme werden ignoriert, welche zukünftigen Generationen mit der Endlagerung entstehen. Die Nutzung der Atomkraft bindet sehr viel Kapital, welches im Bereich der Weiterentwicklung erneuerbarer Energieträger dringend benötigt werden würde.

C. THALHAMMER, USA

In der Schweiz werden Kinder mit gewissen Werten erzogen, wie etwa, dass sie keinen Abfall herumliegen lassen. Endlager für Atom Müll gibt es aber noch immer keine. Ich bin Umweltwissenschaftler und die Tatsache – nicht das Paradigma – ist einfach. Es gibt keinen Ausweg. Wir alle leben auf dem Planeten Erde. Es gibt nur einen davon! Wir werden das Nest zukünftiger Generationen nicht verschmutzen, nur um mehr Waffen herzustellen oder mehr Taschen mit Geld zu füllen. Wir haben noch viele andere Aufgaben zu erledigen, um das Chaos aufzuräumen, das wir mit fossilen Brennstoffen angerichtet haben.

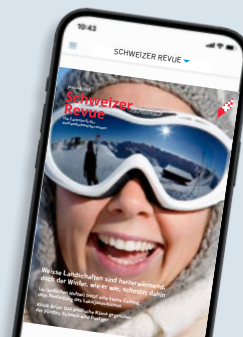
RETO DERUNGS, DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Es gibt aktuell keinen Grund auf die Atomenergie zu verzichten. Ja, sie ist geradezu essenziell, um die Klimaziele zu erreichen. So hat an der Klimakonferenz in Dubai beispielsweise der US-amerikanische Klimabeauftragte Kerry gesagt, dass die Leistung der Atomkraft verdreifacht werden müsse, wenn die Klimaziele erreicht werden sollen.

Weitere Stimmen zum Thema finden Sie in unserer Online-Ausgabe, www.revue.ch

Lesen statt warten.

Macht Sie das Warten auf die gedruckte «Schweizer Revue» ungeduldig? Holen Sie sich das Magazin auf Ihr **Tablet oder Smartphone**. Die App ist gratis und werbefrei. Sie finden die App mit dem Suchbegriff «Swiss Review» in Ihrem Appstore.



Lesen statt warten.

Macht Sie das Warten auf die gedruckte «Schweizer Revue» ungeduldig? Holen Sie sich das Magazin auf Ihr **Tablet** oder **Smartphone**. Die App dazu ist gratis und werbefrei. Sie finden die App mit dem Suchbegriff «Swiss Review» in Ihrem Appstore.

